

FACHZEITSCHRIFT FÜR POLIZEI, ARMEE UND SICHERHEIT



UKRAINE:

Russlands Truppenübungen an der Grenze provozieren!

United Nations
Climate Change



KLIMAKONFERENZ

War Glasgow nur Papiertieger oder doch Hoffnung?



DOSSIER:

Burkina Faso, ein Land im Würgegriff des Terrors

FEDPOL

Still unruhig!

QUANTENPROZESSOREN

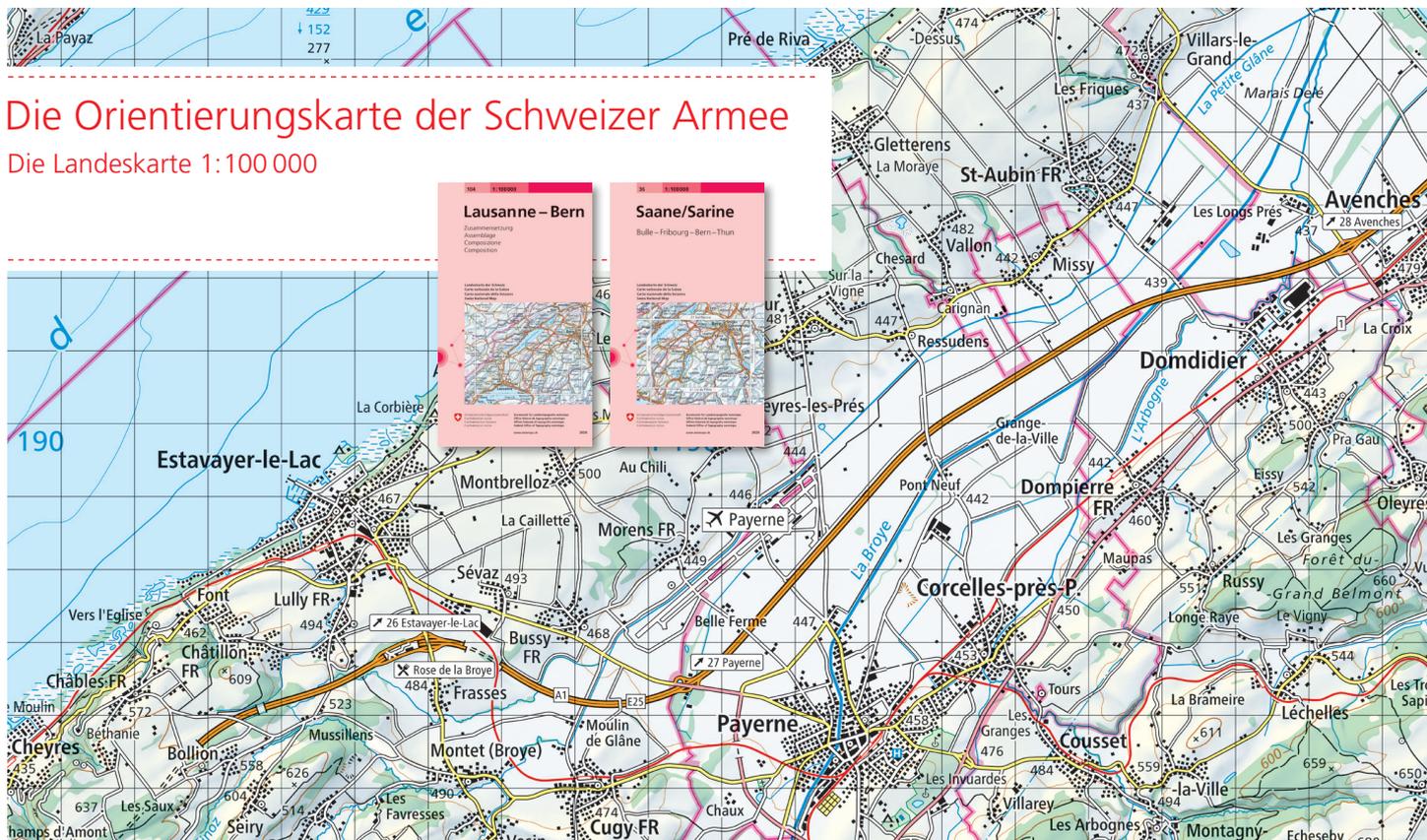
Immer leistungsstärker

MINIFORMAT

Versteckte Kameras

ATOMPOLITIK IRAN

Politpoker rund um Sanktionen



 Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement für Verteidigung,
Bevölkerungsschutz und Sport VBS
Bundesamt für Landestopografie swisstopo

www.swisstopo.ch

Bitte, ich will lernen.

Mit nur Fr. 60.– kann ein Kind ein Jahr lang zur Schule gehen.

Mit nur Fr. 40.– mehr bekommt es sogar eine Schuluniform.

Was bleibt? Wofür stehen wir?

Seit 8 Jahren hilft die «Stiftung mit Herz» den ärmsten Menschen der Welt.

Erfolgreich: 1136 Personen unterstützen die Stiftung für Projekte in der Schweiz, 421 Personen und 16 Firmen helfen uns, die Not in Afrika zu lindern.

Machen Sie uns weiter Mut.
Spenden und helfen Sie.

Spendenkonto:
Stiftung mit Herz, 5400 Baden
IBAN: CH49 0588 1046 3719 1100 0

www.aide-help-hilfe.com





ES IST NOCH NICHT VORBEI... ES WIRD ABER BESSER WERDEN!

Seit 2020 erlebt die Welt noch nie Dagewesenes. Im ersten Jahr der alle Länder der Erde erfassenden Pandemie mit all ihren Folgen, stürzte die Weltwirtschaft in eine schwere Rezession. Nur mit starken geldpolitischen Interventionen der Staaten und Zentralbanken sowie massiven Hilfen für Firmen konnte das Schlimmste verhindert werden.

Kurzarbeitsanträge und Anfragen auf Arbeitslosenunterstützung stiegen auf Rekordniveau an den Börsen der Welt herrschte zeitweise Horrorstimmung, mitunter drehte sogar der Ölpreis kurzzeitig ins Minus. Angst der Konsumenten und der Produktionsrückgang ganzer Branchen verstärkten die Krise. Erste gegen Ende 2020, als die umfangreichen Konjunkturstützungsmaßnahmen eine gewisse Beruhigung brachten, kehrte das Verbrauchervertrauen nach und nach zurück, die Wirtschaftserholung begann und setzte sich 2021 fort, die aufgestaute Nachfrage und die durcheinander gewirbelten Transportwege, sowie mangelnde Transportkapazitäten bei Schiffen, Containern und sogar bei LKW-Fahrern, führten nun sogar zu Lieferengpässen.

Als direkte Folge zog die Inflation in einigen Ländern kräftig an, vor allem durch nach wie vor anhaltende Störungen in den Lieferketten, denn zahlreiche Güter werden für die End-Produzenten knapp, von Computerchips, Autozubehörteilen, Stahl bis zu Nadelholz, aufgrund der Schliessung von Fabriken und Häfen während der Pandemie. Vorbei ist die Krise nach wie vor nicht, denn nebst den Silberstreifen der Wirtschaftserholung drohen weitere Probleme: immer stärkere Folgen der weltweiten Klimakrise mit Waldbränden, Sturmfluten, Wirbelstürmen, Dürren, Überschwemmungen, Heuschreckenschwärme, Artensterben, gefährliche Covid-Varianten, hohe Staatsverschuldung vieler Länder, unsichere Inflationsentwicklung, Säbelrasseln und Machtdemonstrationen zwischen den Machtblöcken USA, Russland, China, EU und viele lokale Brandherde.

Besonders leiden unter all diesen Problemen die armen Länder, die nur knappe Reserven haben und deren Staatsbanken keine Konjunkturprogramme lancieren können, um die Wirtschaft zu stützen und die unter lokalen, kriegerischen Konflikten besonders leiden. Gerade dort trifft die Rezession, die meist viel stärker ausfällt als in den hochentwickelten Staaten, die ärmsten der Bevölkerungen, der insgesamt schon armen Staaten (siehe Berichte zur Subsahel-Zone).

Kurz vor dem Redaktionsschluss bin ich selbst gerade aus Burkina Faso in die Schweiz zurückgekehrt und kann von meinen Beobachtungen aus erster Hand berichten, aus Gesprächen und dem Alltagsleben und der Stimmung im «Land der aufrechten Menschen», das an bitterer Armut, heftigen Dürren, Korruption, Nahrungsmittelknappheit, Inflation bis zu 20 %, der COVID-19-Pandemie, den jährlichen Malaria-Wellen und den beinahe wöchentlichen Attacken der Dschihadisten in den Grenzregionen zu Mali, Niger und Nigeria leidet.

Ich kenne das Land und die umgebende Region durch meine vielen Besuche vor Ort gut. Dort betreibe ich mit einer kleinen Schweizer Stiftung seit rund 17 Jahren ein lokales Hilfswerk, zur Unterstützung von handwerklicher – unentgeltlicher – Berufsausbildung, für jährlich 50-60 Jugendliche aus ärmsten Familien, die sich eine solide Ausbildung ihrer Kinder nicht leisten können. Das durchschnittliche Einkommen eines Familienvaters beträgt nur mal rund 400.- Schweizer Franken pro Jahr... das normale Schulgeld für einen Lehrling würde sich auf gegen 100.- Franken belaufen...

So wünsche ich uns allen, dass wir hier in unserem Land gemeinsam und mit viel Courage die Probleme als kleine, aber starke Nation angehen, unseren mässigenden und vermittelnden Beitrag im internationalen Kräftespiel einbringen und die Ärmsten dieser Welt nicht vergessen.

Anton Wagner

INHALTSVERZEICHNIS



SPIEL MIT DEM FEUER

Die russischen Truppenübungen nahe der Ukrainischen Grenzen verschärfen die Spannungen zwischen Ost und West

34



LEBEN AM ABGRUND

Das Meer spühlt ganze Küstenstreifen weg.

6

GLASGOW-KLIMAKONFERENZ

Papiertieger oder Hoffnung?

22



FEDPOL

Blick hinter die Kulissen: Still unruhig!

26





GIGANTISCHE DATENVERARBEITUNG

28

Quantenprozessoren werden immer leistungstärker, was Quanten sind und was diese Leistungssteigerung bedeutet, wir zeigen es auf.



DOSSIER: BURKINA FASO IM WÜRGEGRIF DES TERRORS

42

Terroristen aus Mali wollen an die Goldminen von Burkina Faso, um so ihre Kämpfer zu finanzieren. Der Korrespondentenbericht zeigt, was das mit einem armen Land macht.



ATOMPOLITIK IRAN

56

Der grosse Polit-Poker rund um Sanktionen.

INHALTSTHEMEN

LEBEN AM ABGRUND 6

KLIMAKONFERENZ GLASGOW 22

FEDPOL - STILL UNRUHIG 26

VERSTECKTE KAMERAS

ENTDECKEN 32

UKRAINE-KONFLIKT 34

DOSSIER: BURKINA FASO IM

WÜRGEGRIF DES TERRORS 42

DOSSIER: HEISSE TAGE IN

BURKINA FASO 50

ATOMPOLITIK IRAN 56

IMPRESSUM

VERLAG:

kikcom AG, Schartenstrasse 26, 5430 Wettingen

HERAUSGEBER:

Anton Wagner

KONZEPT/LAYOUT:

Connie de Neef

KONTAKT:

info@protect-it.ch

www.protect-it.ch

+41 (0)56 203 25 20

MITARBEIT AN DIESER AUSGABE

Autoren/Korrespondenten:

Mario Herger, Tod Amstair, Anton Wagner, François Mégève, Mariam Oedraogo, Ives Mayard, June Carter, Marud Birnelli, Deidre Fernandes, Mario Herger.

Bild/Grafik: protect-it Archiv, Pixabay, NASA, US-Airforce, 123rf, iStock, willonowsky-arch, J.Jefflo, Wikimedia, Meng-Association, National-Interest, Spccm, BC-focus, IPCC

LEBEN AM ABGRUND

Der Wasserspiegel steigt, die Küsten erodieren. Was abstrakt klingt, ist für viele Menschen von Grossbritannien über Alaska bis nach Indonesien bereits gefährliche Realität. Ihnen bricht das Zuhause buchstäblich unter den Füßen weg.

> Von Mario Herger



Küstenabschnitte verändern sich unter dem Einfluss von Wind, Wellen und Gezeitenwechsel seit jeher; ein ganz normaler physikalischer Vorgang. Doch der fortschreitende Klimawandel verstärkt und beschleunigt die Küstenerosion durch den steigenden Meeresspiegel, erhöhten Wellendruck und immer heftigere Stürme. Das betrifft Menschen, die in Küstennähe wohnen direkt. Viele Dörfer und ganze Städte sind in Gefahr, vom Meer verschlungen zu werden.





GROSSBRITANNIEN





In der 1'400-Einwohner Gemeinde Happisburgh im englischen Norfolk wurden in den letzten zwanzig Jahren mehr als 35 Häuser von den Wellen weggerissen. Am Strand unterhalb des Ortes soll eine Flutschutzanlage die Wucht des Wasser mildern. Ein Teil davon ist allerdings bereits wieder

baufällig während die Starkwetterereignisse häufiger werden. Es ist abzusehen, dass Orte wie Happisburgh in absehbarer Zeit verschwinden.





Nun sollen 150 Millionen Pfund von Staat aufgebracht werden, um 25 Küstengebiete besser zu schützen. Die Ostküste Grossbritanniens erodiert schneller als jede andere Küste Europas. Jedes Jahr stürzen deswegen etliche Häuser ein oder müssen vorsorglich geräumt werden, wie in Hemsby, etwa 30 km südlich von Happisburgh fürchten die Menschen um





Hab und Gut. Bei einer Sturmflut 2013 stürzte ein Teil der Klippe ein, sieben Häuser wurden zerstört. 2018 brachen weitere 30 Meter der Bruchkante weg; wieder wurden etliche Häuser zerstört oder unbewohnbar. Das Meer frisst sich weiter ins Land hinein, oft sind Häuser nur noch wenige Meter von der Bruchkante entfernt.





Auch Frankreichs Küsten leiden unter der Erosion. Deutlich am Beispiel des Ortes Oulac-sur-Mer in der Gironde, dem sich der Atlantik immer mehr nähert. Ein grosser Wohn-

block ist derart gefährdet, dass er inzwischen geräumt werden musste und nun definitiv abgerissen wird.





FRANKREICH





Australiens Küsten sind ebenso durch die Erosion betroffen. Nördlich von Sydney kommt es regelmässig zu Klippenabbrüchen. Die Brandung war vor dem Bundestaat New South Wales im Juli 2020 so stark, dass die Küstenbefestigungen

dem Wasserdruck nicht standhielten. Häuser wurden in Wamberal aber auch in Collaroy, wo die Uferkante auf 50-70 Metern weggespült wurde.





AUSTRALIEN

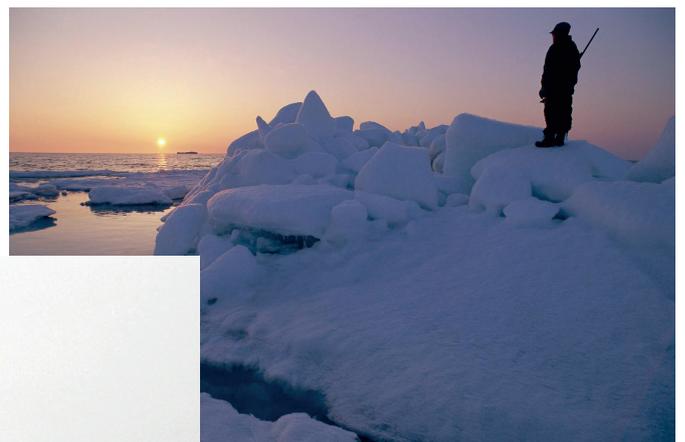




Im US-Bundesstaat Kalifornien wird sich die Küstenlinie bis Ende des Jahrhunderts um mehr als 40 Meter nach landeinwärts verschieben. Besonders akut ist die Situation für die Stadt Pacifica, wo bei die Sandsteinküste jedes Jahr ein Stück wegbricht.



ALASKA





KALIFORNIEN



Erste Orte wie Shishmaref auf der Insel Sarichef fallen dem Klimawandel bald zum Opfer. 600 Inupat-Einwohner verlieren ihre Heimat, denn Alaska erwärmt sich schneller als der Rest Amerikas. Der Permafrost taut auf und der Meeresspiegel steigt. So geht es vielen Orten an den Küsten Alaskas; für eine Umsiedlung fehlt das Geld und die Regierung im fernen Washington reagiert nicht.

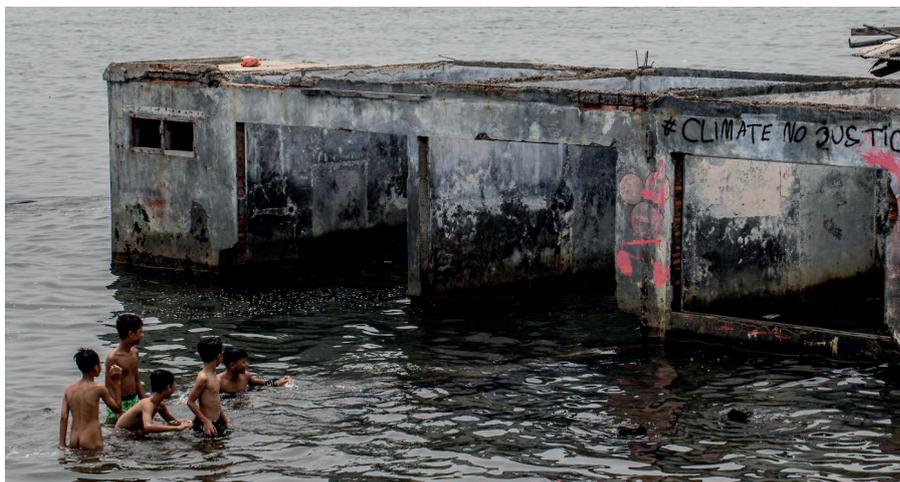




Von Monsunregen und Überschwemmungen geplagt, plant man in Jakarta krasse Massnahmen, denn kein anderer Ort auf der Welt sinkt so schnell ab, wie die Megametropole und ihr Umfeld, mit ihren 32 Millionen Einwohnern – 20 cm pro Jahr und der gleichzeitig stieg der Meeresspiegel. Die Behörden planen die Hauptstadt von Java auf die Nachbarinsel Borneo zu verlagern, denn im Jahr 2050 werden mehr als 40 % der Stadt überflutet, also unbewohnbar sein...



Jakarta





...UND SCHON BALD...



Sollte sich die Erde um 2 Grad gegenüber der vorindustriellen Situation erwärmen, , statt 1.5 Grad, wie im Pariser Abkommen postuliert, würde rund eine halbe Milliarde Menschen in Küstengebieten ihre Zuhause an das Meer verlieren. Die bisher von den Staaten beschlossenen Massnahmen ergeben hingegen eher eine Erwärmung um 3 Grad.



GLASGOW – PAPIERTIGER ODER HOFFNUNG?

Bei der Klimakonferenz von Glasgow haben die Staaten der Welt immerhin – endlich – das Regelbuch vollendet, um das Paris-Abkommen umzusetzen. Ein eigenes Kapitel verdient hätte allerdings die künftige Rolle der Natur bei der Lösung der Klimakrise.

> Von Deidre Fernandes



Dieses 26. Treffen von fast 200 Staaten war die grösste Klimakonferenz, die es je gab – trotz steigender Coronazahlen, trotz zwei Jahren Pandemie. Über 30.000 Teilnehmer reisten nach Glasgow, fast 40.000 waren für die Konferenz registriert.

ENTTÄUSCHENDES SCHLUSSDOKUMENT

Mit einem in letzter Minute abgeschwächten Schlussdokument ist die UN-Klimakonferenz zu Ende gegangen. Das magerere Ziel, die Betriebsanleitung für das Pariser Klimaabkommen zu vervollständigen – quasi als Hauptaufgabe definiert – ist immerhin abgehakt worden. Im sogenannten Regelbuch standen nämlich noch zwei unerledigte Aufgaben: 1. Regeln, um die Verringerung von Treibhausgasen einheitlich zu erfassen und transparent zu berichten, und 2. der internationale Handel mit Emissionszertifikaten musste neu definiert werden. Nachdem nun beide Kapitel in Glasgow verabschiedet wurden, könnte die Staatengemeinschaft eine neue Phase zur Umsetzung der Klimaziele von Paris einläuten. Sechs Jahre ist es her, dass beim Pariser Weltklimaabkommen die Zielsetzung «Ausbremsen der Erderwärmung bei 1.5 Grad» von fast 200 Staaten mit viel Enthusiasmus angenommen wurde.

GLASGOW UNTERMAUERT PARIS

Der Glasgow-Pakt erkennt an, dass die Folgen des Klimawandels bei einem Temperaturanstieg von 1,5 Grad wesentlich geringer sind als bei 2 Grad (!). Auch wenn im Abschlussdokument nur von einer «Bemühung» die Rede ist, dieses Ziel einzuhalten. Immerhin aber taucht in dem Dokument erstmals die für das Erreichen der 1,5-Grad-Grenze notwendige Senkung der Emissionen um 45 % bis 2030 im Vergleich zu 2010 auf. Die 2015 in Paris getroffene Vereinbarung, die Erderwärmung möglichst nicht über 1,5 Grad ansteigen zu lassen, wurde in Glasgow also gestärkt – ein wichtiges Signal vor allem an besonders durch den Klimawandel bedrohte Staaten.

TRANSPARENZREGELN – DA HAT DIE KLEINE SCHWEIZ MITGEWIRKT

Die Länder werden ermutigt, ihre Klimapläne künftig auf fünf Jahre auszurichten. – Hier hat die Schweizer Diplomatie in ihrer Arbeitsgruppe viel für den Beschluss geleistet, denn damit legen die Länder weltweit fest, wie schnell sie ihre Emissionen senken wollen. Erstmals ist das nun in einem einheitlichen Zeitrahmen geregelt. So ist vergleichbar, wer wie viel tut. Aber



26. Klimakonferenz von Glasgow

auch ein Zehnjahresziel ist damit nicht ausgeschlossen. Ab 2024 müssen die Staaten zusätzlich alle zwei Jahre über ihre Emissionsbilanz berichten – also angeben, wie viel CO₂ oder Methan ihre Kohlemeiler oder Stahlwerke in die Luft geblasen haben. Ebenso müssen sich die Industrieländer jetzt regelmässig beim Thema Klimahilfen in die Bücher schauen lassen und darlegen, in welchen Zeiträumen genau welche Summen an Projekte oder Regierungen fließen.

DER ETWAS ANRÜCHIGE KOMPROMISS

Klimaschutzzertifikate existierten schon im Vorläuferabkommen von Paris, dem Kyoto-Protokoll. Beim Handel mit Emissionszertifikaten musste in Glasgow erreicht werden, dass diese Emissionen nicht mehr zweimal angerechnet werden – einmal in dem Land, in dem ein Klimaschutzprojekt umgesetzt wird, und einmal in dem Land, welches das Projekt finanziert. Das ist weitgehend gelungen. Doch das hatte einen Preis: Vor allem China hatte darauf gedrängt diese alte und zu grossen Teilen nutzlos gewordene Zertifikate aus der Zeit früherer Klimaabkommen weiter handeln zu dürfen. Ein Kompromiss sieht jetzt vor, dass nur noch jene Zertifikate gehandelt werden dürfen, die nach 2013 geschaffen wurden. Eine begrenzte Zahl an alten Emissionszertifikaten aus der Zeit vor dem Paris-Abkommen wird also in das neue System übernommen. Emissionen werden somit erst dann tatsächlich reduziert, wenn die alten Zertifikate aufgebraucht sind ...

KLIMAWANDEL UND ARTENSTERBEN

Nur im Ansatz gelungen ist die Verzahnung der Themen Klima und Biodiversität. Im Abschlussdokument findet man nur einen kurzen Hinweis auf die Querverbindungen der Klimaverhandlungen mit dem Schutz der Biodiversität. Der Schutz des Klimas und der Biodiversität sowie die Bekämpfung von Hunger und Armut müssten im Sinne der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung gemeinsam gelöst werden, heisst es etwas nebulös und vor allem unverbindlich. Nicht immer aber werden die verschiedenen Krisen zusam-

mengedacht. Das zeigt sich nicht zuletzt daran, dass naturbasierte Lösungen zur CO₂-Speicherung es nicht im Wortlaut in das Abschlussdokument von Glasgow geschafft haben. Neben Wäldern können auch andere Ökosysteme CO₂ aus der Atmosphäre aufnehmen und so den Klimawandel verlangsamen.

Die Einigung in Glasgow betont stattdessen, wie wichtig es sei, Ökosysteme zu bewahren und wiederherzustellen, um als Senken für Kohlendioxid zu dienen. Auch die Möglichkeiten des Ozeans sind nur schwach abgebildet. Da wird eine Chance verschenkt: Neuere Forschung zeigen, dass naturbasierte Lösungen durch Schutz und Ausweitung von Mangroven, Seegraswiesen oder Kelpwäldern aus speziellen Algen einen deutlichen Beitrag zum Verlangsamen oder gar Stoppen des Klimawandels im Rahmen der Pariser Klimaziele leisten können.

NATURBASIERTE LÖSUNGEN ZUR CO₂-SPEICHERUNG

Nur im Ansatz gelungen ist die Verzahnung der Themen Klima. Auch nach Glasgow ist noch immer unklar, wie genau die Staaten naturbasierte Lösungen in ihren nationalen Klimaschutzbeiträgen (NDCs) des Pariser Abkommens berücksichtigen könnten. Dies müsste dringend geändert werden; man denke nur an die positive Wirkung von Mangrovenwäldern als Schutz vor Sturmfluten.

Am härtesten umkämpft war in Glasgow der Umgang mit klimawandelbedingten Schäden und Verlusten, die sich auch durch Massnahmen zur Anpassung an den Klimawandel nicht verhindern lassen. Dazu zählen etwa Dürren, Versteppung, Verlust von Küstenregionen, Wäldern oder Gletschern. Schon 2019 hatten die reicheren Staaten den ärmeren zugesagt, ab 2020 jährlich 100 Milliarden US-Dollar für die Umstellung auf regenerative Energien und Anpassungen an den Klimawandel zu überweisen. Nun stellt die Weltgemeinschaft mit grossem Bedauern fest, dass die versprochene Summe noch immer nicht erreicht ist. Jetzt forderten in Glasgow die Entwicklungsländer einen Fonds, der finanzielle Hilfe für derarti-

ge Ereignisse leisten sollte. Dieser wurde aber nicht beschlossen. Das sogenannte Santiago-Netzwerk, in dem Massnahmen im Fall von Verlusten und Schäden koordiniert werden, erhält aber Gelder, um zumindest die Planung von Wiederaufbau-massnahmen zu finanzieren. Der eigentliche Wiederaufbau muss allerdings weiterhin von den betroffenen Ländern selbst gestemmt werden.

SCHNELLE TREIBHAUSGASSENKUNG HAT PRIORITÄT

Im Endspurt von Glasgow stand die Kohle im Mittelpunkt. Hier sah der erste Entwurf der Abschlusserklärung einen Aufruf an die Staatengemeinschaft vor, aus der Kohleverstromung auszusteigen, und zwar unter Nennung eines Zieljahres. Diese Formulierung wurde auf Druck einiger Länder – vor allem seitens China und Indien – bis zur letzten Minute immer weiter abgeschwächt. In der endgültigen Fassung findet sich nun nur noch der Aufruf, die sogenannte „unverminderte“ Kohleverstromung herunterzufahren – womit eine Hintertür für Kraftwerke offen bleibt, CO₂ aus ihren Abgasen abzuscheiden.

An dieser Formulierung gab es weltweit heftige Kritik, nebst leiseren, lobenden Worten. Immerhin gibt es zum ersten Mal in der Geschichte der Weltklimakonferenzen in einer Abschlusserklärung eine von allen Staaten akzeptierte Einigung auf eine beschleunigte globale Energiewende: «Weg von Kohle».

HOFFNUNG?

Es wird sich erst in den nächsten Jahren zeigen, ob die Weltgemeinschaft mit ihren einzelnen 200 Staaten und ebenso vielen Einzelinteressen die Emissionen effizient und kurzfristig senken werden, um die globale Erwärmung möglichst nicht über 1,5 Grad steigen zu lassen. UN-Chef António Guterres mahnte zu einer Dekade der Umsetzung von Klimabeschlüssen: „Die Wissenschaft sagt uns, dass die absolute Priorität bei einer schnellen Emissionsreduzierung in diesem Jahrzehnt liegen muss.“

Der Klimapakt von Glasgow ist auf den ersten Blick gesehen nicht glamourös, wie der von 2015 in Paris. Bei den technischen Details und Ergänzungen zum Pariser Abkommens haben die Länder in Glasgow allerdings Wichtiges entschieden. Endlich hat sich die Welt ein Regelwerk für die weltweite Überwachung von klimaschädlichen Emissionen gegeben. Nun kann man messen, welche Fortschritte durch die Massnahmen in den einzelnen Ländern im Klimaschutz erreicht werden.

DIE WIRKLICHE ARBEIT BEGINNT ERST JETZT

Noch ist nichts gewonnen, immer noch pusten die Industrien und viele andere Emissionsquellen viel CO₂ in die Luft, auch das 1,5-Grad-Ziel ist längst nicht sichergestellt, möglicherweise wird es verfehlt; 1.7, gar 2 Grad – mit harten Folgen. Vielleicht war Glasgow ein Weckruf! Es ist nur zu hoffen, dass die neuen Regeln und Versprechen von Glasgow genug Resonanz haben werden, um Unternehmen, Anleger und Politiker auf die Transformation in eine postfossile Welt einzustimmen.



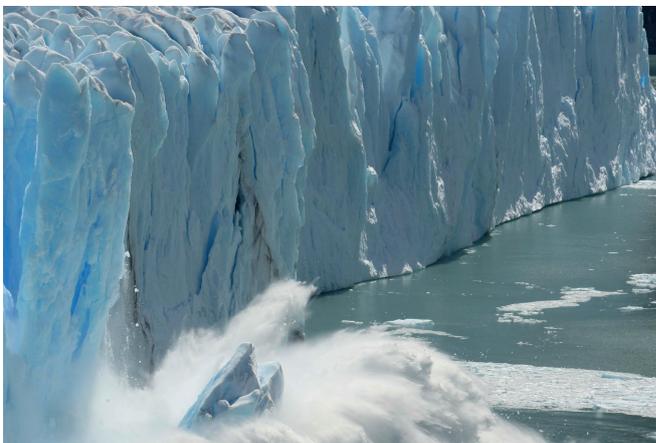
100 Staaten wollen die Waldabholzung bis 2030 stoppen



Problem: Immer mehr riesige Waldbrände rund um den Globus



Ziele: CO₂-Emissionen weltweit rasch senken, 1,5-Grad als maximale Erderwärmung gegenüber vorindustrieller Situation



Eisschmelze der Eispanzer an Land am Südpol, in Grönland und bei den grossen Gletschern und dadurch Anstieg des Meeresspiegels

FEDPOL – STILL-UNRUHIG



STRENGERE PRÜFUNG AM FLUGHAFEN

Das Flughafenpersonal, das im Sicherheitsbereich arbeitet, wird ab dem 1. Januar 2022 genauer überprüft. Die Schweiz gleicht damit die Sicherheitsprüfung des Flughafenpersonals an jene der Europäischen Union an, denn die EU hat die Vorgaben für die Zuverlässigkeitsüberprüfung erweitert: Es müssen zwingend polizeiliche und nachrichtendienstliche Informationen eingeholt werden. Das bilaterale Luftverkehrsabkommen mit der EU verpflichtet die Schweiz, diese neuen Vorgaben zu übernehmen.

DROH-E-MAILS IM NAMEN DES FEDPOL

Beim Nationalen Zentrum für Cybersicherheit NCSC gingen vermehrt Meldungen zu Drohungen im Namen der Polizei und der Strafverfolgungsbehörde Europol ein.

Angeblich werden die E-Mails von Polizeibehörden verschickt (Bundesamt für Polizei fedpol, Strafverfolgungsbehörde Europol, Interpol). In der E-Mail wird gedroht, ein Strafverfahren werde gegen die Empfängerin oder den Empfänger eingeleitet, wenn diese/dieser nicht innert 72 Stunden antwortet.

Als Grund wird genannt, dass diese Person Webseiten mit kinderpornografischem Inhalt besucht habe. Laut NCSC gibt es mehrere Varianten dieser E-Mail. Meist laufe es auf eine Bezahlung einer Kaution heraus, um einer Verhaftung zu entgehen. Die Aufmachung ist vermeintlich offiziell, es werden Logos und Stempel von Europol, Interpol oder der französischen Polizei verwendet, wie das NCSC weiter schreibt.

Ratschlag: Markieren Sie diese E-Mails als Spam und antworten Sie nicht! Solche Mails können Sie dem Nationalen Zentrum für Cybersicherheit NCSC über diesen Link melden (Twitter: @govcert).

NEUER CHEF ANTI-GELDWÄSCHEREI TRITT 2022 AN

Rechtsanwalt Anton Brönnimann wird im ersten Quartal 2022 Chef der Meldestelle für Geldwäscherei beim Fedpol, denn sein Vorgänger war wegen «strategischer Differenzen» mit seiner vorgesetzten Stelle nach kurzer Amtszeit im Juni 2020 zurückgetreten. Ob er wohl stromlinienförmiger ist als seine beiden Vorgänger?

Der Neue verfügt jedenfalls über ein breites Wissen im Bereich des Finanzmarkt- und Aufsichtsrechts, des Bankenrechts und des Geldwäschereigesetzes, denn er arbeitete Etliche Jahre bei der Finanzmarktaufsicht (Finma). Ebenso nützlich ist seine Erfahrung in der Zusammenarbeit mit nationalen und



fedpol ✓
@fedpolCH



#ACHTUNG! Es sind zahlreiche #Phishing-Mails mit Drohhinhalten im Umlauf, die im Namen der Polizeibehörden (@fedpolCH, @Europol, @INTERPOL_HQ) verschickt werden. Antworten Sie nicht und melden Sie diese @GovCERT_CH. Informationen zum Phänomen: bit.ly/3cNceYH




OFFICE EUROPEEN DE POLICE (EUROPOL)
Creation 1er juillet 1999
Siege Eisenhowerlaan 73
Drapeau Pays-Bas La Haye
Coordonnees 52° 05' 34" N, 4° 16' 53" E
Employes 1995 (decembre 2019)
Budget annuel € 116.4 million (2017)
Ministre responsable Drapeau de la Belgique Catherine De Bolle (Directrice)
Eisenhowerlaan 73 Drapeau: Pays-Bas La Haye

CONVOCATION

A la demande Mme Catherine DE BOLLE.

Agissant dans le cadre des instructions écrites de Mme Catherine DE BOLLE, directrice générale d'Europol officier et chef de brigade de la protection des mineurs, références N° 180422900879.

Suite à des analyses et travaux effectués par notre Brigade de Protection des Mineur(e)s (BPM) sur le réseau informatique, certains traces de vos données d'identification ont été repérées et vous faites l'objet de plusieurs poursuites judiciaires en vigueur.



Daniel Thelesklaf war bis Juni 2020 oberster Geldwäschereibekämpfer des Bundes

internationalen Partnern. Mit ihm dürfte sicher auch nicht so leicht «Chriesi esse» sein...

Die Meldestelle prüft Verdachtsmeldungen bezüglich Geldwäscherei, Terrorismusfinanzierung, Gelder verbrecherischer Herkunft oder krimineller Organisationen von Finanzdienstleistern entgegen. Diese leitet sie allenfalls an die Strafverfolgungsbehörden weiter. Zudem berichtet MROS jährlich über die Entwicklung der Bekämpfung der Geldwäscherei, des organisierten Verbrechens und der Terrorismusfinanzierung in der Schweiz.

SPEZIELLE PERSONALPOLITIK

Der vorherige Leiter, der heute 57-jährige Daniel Thelesklaf, ist ein weltweit anerkannter Experte in Geldwäschereifragen und leitete die Meldestelle für Geldwäschereifälle (MROS) schon einmal von 1998 bis 2002 für vier Jahre. Er übernahm den gleichen Chef-Posten im August 2019 ein zweites Mal. Doch kurz darauf war wieder Schluss. Thelesklaf kündigte seine Stelle Ende Juni 2020 per Ende September, nachdem es zwischen ihm und der Führung des Bundesamtes für Polizei (Fedpol) unter Nicoletta della Valle zum Streit gekommen war, nachdem er es wagte, mehr Effizienz in seiner Behörde anzumahnen. Zwischen der MROS und dem Fedpol gab es erhebliche Dissonanzen hinsichtlich der Umsetzung von internationalen Standards, «die ihm die Fortsetzung der Arbeit verunmögliche». Thelesklaf übernahm 2019 den Posten von Stiliano Ordolli, der Ende 2018 zurückgetreten war. Schon

damals war es gerüchteweise zum Streit mit dem Fedpol gekommen.

INEFFIZIENTER LADEN

Die Schweizer Geldwäscherei-Abwehr ist nach Meinung von Daniel Thelesklaf, bis Juni 2020 oberster Geldwäschereibekämpfer des Bundes war, nicht effizient.

Sein hartes, ungeschminktes Urteil dazu: «Wenn es um Geldwäscherei geht, wird in der Schweiz stets nur das absolute Minimum umgesetzt, das man aufgrund von Druck aus dem Ausland zwingend machen muss», so Thelesklaf. Für einen Autokraten, der die Rechtshilfe unterbinden könne, sei die Schweiz eines der sichersten Länder für sein Geld. Denn ohne Rechtshilfe eines Staates könne die Schweiz keine Gelder einziehen, denn ein Regime kontrolliere auch das Justizsystem. Es werde nicht mögliche Beweise für Korruption in die Schweiz schicken, wenn eigene Leute in den Fall verwickelt seien. «Aber ohne Beweise können die Schweizer Staatsanwälte die Geldwäscherei nicht verfolgen. Der Fall wird eingestellt.» Bei Verurteilungen wegen Geldwäscherei handle es sich deshalb vor allem um Kleinstfälle. «Die grossen Geldwäscher bleiben häufig unangetastet», meint Thelesklaf.

Der Bund und die drei Kantone Zürich, Genf und Tessin hätten 2015 zusammen 190 Millionen Franken beschlagnahmt. Im selben Jahr meldeten die Banken aber 25-mal mehr verdächtige Vermögen, nämlich 4,8 Milliarden Franken, so Thelesklaf. Seit 2016 meldeten sie sogar zwölf bis 17 Milliarden Franken pro Jahr. «Die Schweizer Behörden können also nur einen winzigen Bruchteil der gemeldeten Gelder einziehen.»

KLARES VORGEHEN GEGEN GELDWÄSCHE

Thelesklaf forderte daher als neuen strategischen Ansatz die Beweislastumkehr: «Wenn der Sohn eines Ministers aus einem korrupten Land 50 Millionen in die Schweiz bringt, und das auch noch versteckt hinter Offshore-Firmen, dann müssen wir sagen können: Bitte beweis uns, dass du dieses Geld legal erworben hast.» Und wenn er den Beweis nicht erbringen könne, «müssen wir das Geld einziehen und ein Geldwäschereiverfahren führen können – auch ohne vorherige Verurteilung wegen einer kriminellen Vortat.» Grossbritannien und Deutschland etwa setzten dieses Instrument bereits ein, sagte Thelesklaf. – In der Schweiz fiel seine Kritik am ineffizienten System zur Bekämpfung von Geldwäsche offensichtlich nicht auf fruchtbaren Boden.

Thelesklaf ist inzwischen von in New York von der UNO zum Leiter des Projektes FAST ernannt worden, das steht für Finance Against Slavery and Trafficking! Seine Aufgabe: Gegen die Finanzierung von Sklaverei und Menschenhandel vorgehen, wie der UN-Webseite zu entnehmen ist. Vielleicht werden sein Wissen und Talente dort mehr geschätzt als bei uns...



DIE QUANTENPROZESSOREN WERDEN IMMER LEISTUNGSSTÄRKER

Das US-Hochtechnologie-Unternehmen IBM hat einen Quantenprozessor entwickelt, der in der Lage ist, Aufgaben auszuführen, welche ein herkömmlicher Computer nicht bewältigen kann. IBMs neuer Prozessor „Eagle“ ist in der Lage 127 Qubits verarbeiten zu können. Die Überschreitung von 100 Qubits gilt als verita-
bler Meilenstein.

> Von Marud Birnelli

WIE FUNKTIONIERT EIN QUANTENCOMPUTER?

Der Unterschied zwischen einem Quantencomputer und einem normalen PC der jüngsten Generationen ist etwa so gross wie der zwischen einem Überschall-Jet und einem Zeppelin, was die Leistungsfähigkeit angeht. Deshalb liefern sich derzeit weltweit Spitzenlabors und Firmen wie Google, Microsoft und IBM einen heftigen Wettkampf um die Entwicklung des Quantencomputers. Noch steckt der Quantencomputer aber in den Kinderschuhen. Dabei ist die Idee schon recht alt: Bereits in den 1980er Jahren hatten Physiker darüber nachgedacht, ob man die seltsamen Gesetze der Quantenwelt – also die Welt des Allerkleinsten, wie beispielsweise der Elektronen, Photonen oder Quarks – für völlig neuartige und extrem leistungsfähige Computer nutzen könnte.

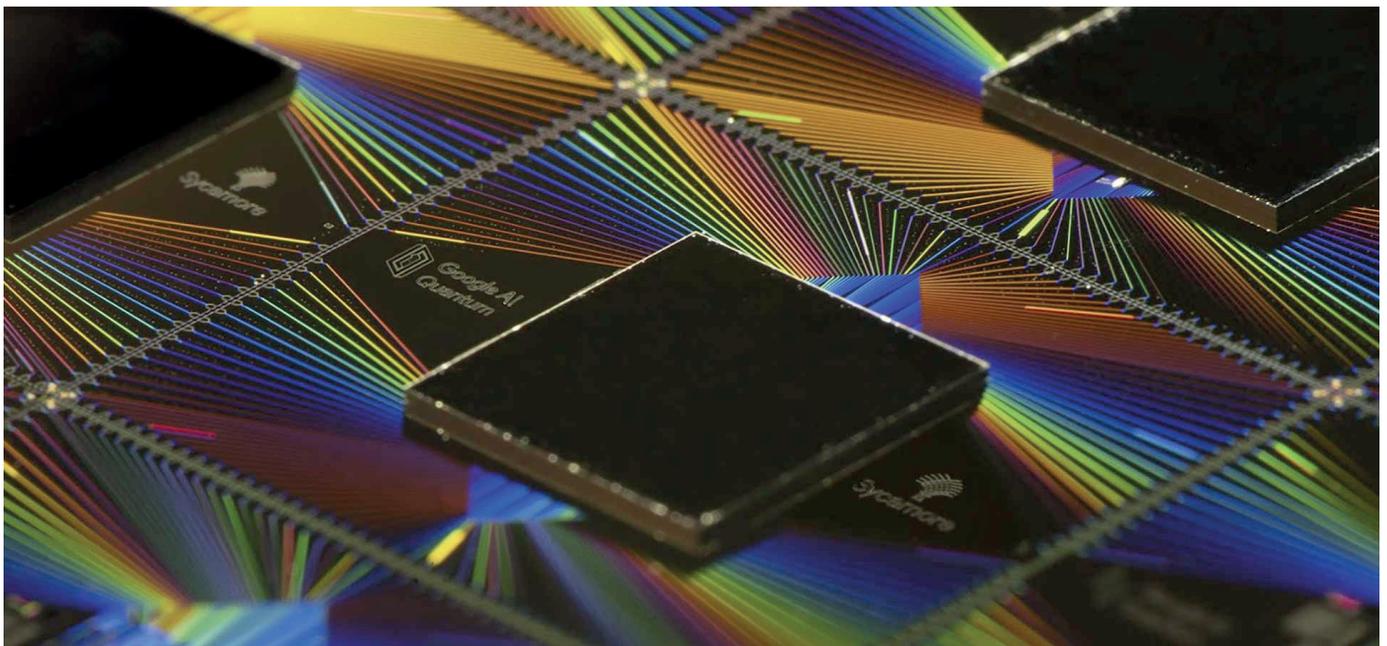
DER SUPERCOMPUTER DER ZUKUNFT

Quantencomputer sollen Probleme lösen, an denen selbst die grössten Supercomputer bislang scheitern. Zum Beispiel wollen Forscher mit diesen Computern die Wechselwirkungen von Molekülen oder ihre möglichen Zustände simulieren, was zu Durchbrüchen in der Entwicklung von Medikamen-

ten führen könnte. Auch Anwendungen aus dem Bereich der Künstlichen Intelligenz und die Verarbeitung von Big Data könnten mit Quantencomputern einen gewaltigen Sprung nach vorne machen. Krankheiten oder das Wetter könnten langfristig vorhergesagt werden.

VERSCHLÜSSELUNGEN KNACKEN UND DIE NATUR SIMULIEREN

Auch Geheimdienste und das Militär interessieren sich für Quantencomputer, denn mit ihnen könnten sie die heute gängigen digitalen Verschlüsselungen knacken. Aber genau wie vor über einem halben Jahrhundert, als die herkömmlichen Computer langsam die damaligen Elektronik-Labore verliessen, können wir viele mögliche Anwendungen der Quantencomputer heute noch gar nicht voraussehen. Manche Physiker hoffen sogar, mit Quantencomputern sämtliche Prozesse simulieren zu können, die in der Natur vorkommen, also auch die Entstehung des Universums und die des Lebens. Davon sind wir mit unseren heutigen Möglichkeiten weit entfernt.



WAS SIND EIGENTLICH "QUANTEN"?

Sie geben dem Quantencomputer ihren Namen. Mit dem Begriff „Quant“ wird in der Physik der kleinstmögliche Wert einer physikalischen Grösse beschrieben, er ist also eine Art „Stückelung“, wie die Pixel eines digitalen Fotos. Ein Quant kann nicht geteilt werden, es kann nur als Ganzes erzeugt oder vernichtet werden. In der Welt der Quanten gelten Gesetze, die unserer Alltagserfahrung widersprechen. Bis heute haben die Physiker sie nicht völlig verstanden.

Das für uns am einfachsten vorstellbare Quant ist das Quant einer elektromagnetischen Welle, also von sichtbarem Licht, Radiowellen oder Mikrowellen usw... Es wird

Photon oder auch Lichtteilchen genannt. Das Quant in einem Quantencomputer kann ein geladenes Atom, also ein Ion, oder eine bestimmte Menge von Elektronen in einem Kreisstrom sein. Angelehnt an die Bits in herkömmlichen Computern wird dieses Quant als Qubit bezeichnet und ist die Grundrechenheit in Quantencomputern.

WIE FUNKTIONIERT EIN QUANTENCOMPUTER?

Heute gängige Computer, Smartphones, Smartwatches oder Taschenrechner haben eines gemeinsam, sie arbeiten mit Bits. Ein Bit kann nur zwei Zustände annehmen: entweder eine 1 oder eine 0. Diese beiden Zustände werden in den Prozessoren von heutigen Computern mit Strom dar-

gestellt: „Strom an“ bedeutet 1 und „Strom aus“ 0.

QUBITS STATT BITS

Quantencomputer arbeiten dagegen ganz anders, und zwar mit „Qubits“. Das ist nichts anderes als eine Verkürzung von „Quanten-Bit“. Wie ein Bit in einem klassischen Computer kann ein Qubit entweder im Zustand 1 oder 0 sein. Interessant wird es aber, wenn das Qubit seine besondere Eigenschaft ausspielt, die das klassische Bit nicht hat: Ein Qubit kann nämlich auch gleichzeitig im Zustand 1 und 0 sein oder auch in theoretisch unendlich vielen Zuständen dazwischen. Man kann sich das am besten mit einer Münze klar machen: Soll sie ein klassisches Bit darstellen, kann man sie entweder mit Kopf oder Zahl nach oben legen, das wäre eine 0 oder eine 1. Ein Qubit wäre dagegen eine in die Luft geworfene Münze, die sich schnell um sich selber dreht. Bei ihr kann man nicht sagen, ob Kopf oder Zahl oben ist, sie ist in beiden Zuständen gleichzeitig.

Und diese Fähigkeit des Qubits macht den Quantencomputer prinzipiell effizienter: Für die gleiche Berechnung braucht er wesentlich weniger Qubits als heutige Computer Bits. Das macht das folgende Beispiel klar.

EXPONENTIELLER VORSPRUNG DURCH QUBITS

Mit zwei Bits kann ein normaler Computer die Zahlen von 0 bis 3 darstellen. Die beiden Bits 0,0 ergeben die Zahl 0, mit 0,1 ist die Zahl 1 gemeint. Mit 1,0 die Zahl 2 und mit 1,1 die 3. Zwei Bits können in einem klassischen Computer immer nur eine Zahl auf einmal darstellen. In einem Quantencomputer kann ein Qubit dagegen unendlich viele verschiedene Zustände annehmen und das gleichzeitig. Die vier Zustands-Kombinationen, die die Zahlen 0 bis 3 darstellen, können theoretisch also durch nur einen Qubit und zur selben Zeit dargestellt werden. Der Quantencomputer ist deshalb deutlich schneller. Momentan ist die Praxis allerdings noch nicht so weit und es sind nur wenige Qubit-Zustände nutzbar.

Doch selbst wenn man von nur zwei verschiedenen Zuständen ausgeht, die ein Qubit gleichzeitig einnehmen kann, dann verdoppelt jedes dazu kommende Qubit die Anzahl der gleichzeitig darstellbaren Zustände. Dieser Vorteil wächst exponentiell: Drei Qubits können schon 8 Zustände gleichzeitig einnehmen, 300 Qubits sogar $2^{300} = 2300 = 2037035976334486086268445688409378161051468393665936250636140449354381299763336706183397376$. Das ist eine grössere Zahl als Teilchen im Universum existieren! Für einen klassischen Computer eine nicht zu bewältigende Aufgabe. An diesem Beispiel erkennt man den uneinholbaren Vorteil, den Quantencomputer prinzipiell haben. Angelangt sind die neuesten Quantenprozessoren bereits bei 127 Qubits!

RECHNEN MIT ÜBERLICHTGESCHWINDIGKEIT

Die Qubits in einem Quantencomputer können ausser-

dem quantenverschränkt sein, umgangssprachlich würde man sagen, dass sie miteinander verbunden sind. Wird ein Qubit in einen bestimmten Zustand gebracht, ändert sich in diesem Moment auch der Zustand der anderen mit ihm quantenverschränkten Qubits. Dies geschieht mit Überlichtgeschwindigkeit. Da mehrere Qubits miteinander quantenverschränkt sind, ihr eigener Zustand also abhängig von dem der anderen Qubits ist, kann auch die Berechnung im Quantencomputer überlichtschnell erfolgen. Auch das ist ein Vorteil von Quantencomputern gegenüber heutigen Computern.

SO WERDEN QUBITS GEMACHT:

Um Qubits zu erzeugen, stehen unterschiedliche Methoden zur Verfügung. Gewöhnlich werden geladene Atome – Ionen genannt – in magnetische und elektrische Felder eingesperrt. In dieser „Ionen-Falle“ können die Ionen mit Mikrowellenstrahlung in verschiedene Zustände gebracht und so mit Informationen geladen werden. Auch das Ablesen des Ergebnisses ihrer Berechnung erfolgt mittels Mikrowellenstrahlung. Jedes einzelne Ion in der Falle ist dabei ein Qubit.

Es gibt aber auch noch andere Möglichkeiten, Qubits zu erzeugen: So arbeitet Google mit Quantenchips auf denen schwache Ströme auf winzigstem Raum im Kreis fließen. Wie eine einzelne Welle, die in einem kreisrunden Wellentunnel wandert. Jeder Kreisstrom stellt dabei ein Qubit dar und kann ähnlich wie Ionen mit Mikrowellenstrahlung in verschiedene Zustände gebracht und auch wieder ausgelesen werden. Andere Forscher experimentieren auch mit Photonen, also mit Lichtteilchen, als physikalische Umsetzung von Qubits.

KOMPLEXE TECHNIK AM RANDE DES MACHBAREN

Egal, mit welcher Methode Qubits realisiert werden, die Forscher stehen dabei immer vor grossen technischen Herausforderungen. Ein grundlegendes Problem: Bewegung. Haben Teilchen eine bestimmte Energie, beginnen sie sich zu bewegen, umherzuwackeln. Ein Prinzip, das wir als Wärme kennen. Damit man sie aber manipulieren und einfangen kann, müssen sie ruhig gestellt werden.

Die Forscher müssen die Chips, auf denen die Ionenfallen oder Kreisströme aufgebracht sind, deshalb fast bis auf den absoluten Nullpunkt, der mit 0 Kelvin definiert ist, herunterkühlen. Das ist die tiefste mögliche Temperatur, in Celsius sind das -273,15 Grad. Ihr nähern sich die Quantenchips bis auf wenige tausendstel Grad an. Es dauert Tage, bis ein Quantenchip von Zimmertemperatur auf seiner Betriebstemperatur angekommen ist. Dafür braucht es aufwendige und grosse Kühlmaschinen. Allein das macht schon klar, warum es so schnell keine Quantenchips in Smartphones geben wird.

QUBITS SIND EXTREM EMPFINDLICH

Dann kämpfen die Forscher damit, dass die Qubits nicht

stabil sind. Jede kleinste Störung zerstört ihren Quantenzustand. Sie müssen also gegen Erschütterungen, magnetische und elektrische Felder und alle anderen möglichen äusseren Einflüsse abgeschirmt werden. Aber egal, wie gut die Forscher und Ingenieure die Abschirmung hinkriegen, Qubits bleiben immer nur Bruchteile von Sekunden stabil. Die Berechnungen müssen also in dieser Zeit abgeschlossen sein. Um wirklich leistungsfähige und praktisch einsetzbare Quantencomputer zu bauen, müssen die Forscher die Anzahl der Qubits, die zusammen arbeiten, noch weiter erhöhen und gleichzeitig deren Fehleranfälligkeit reduzieren. Nur so können die Berechnungen schnell zu Ende gebracht werden, bevor die Qubits ausser Kontrolle sind.

SCHWERE PROGRAMMIERUNG

Da Quantencomputer nach ganz anderen Gesetzen funktionieren als unsere heutigen Computer, muss man auch das Programmieren völlig neu erfinden. In Quantencomputern kommt nämlich eine grundlegende Eigenschaft der Quantenphysik zu tragen: die Unschärfe. Erst, wenn ein Qubit genau ausgemessen wird, kann man es auch genau einem Zustand zuordnen. Davor ist sein Zustand lediglich eine Wahrscheinlichkeit. Man weiss also nicht, was das Qubit gerade macht. Wenn man es untersucht, erhält man nur eine einzige Antwort, die aber das Resultat von vielen gleichzeitig stattfindenden Berechnungen ist. Man kann das grob mit einem Becher mit Würfeln vergleichen: Solange der Würfelbecher geschüttelt wird, stossen die Würfel in ihm immer wieder aneinander und an die Wand des Bechers. Von aussen weiss man aber nicht, in welchem Zustand sie in jedem Augenblick sind. Erst wenn man den Würfelbecher umdreht und die Würfel auf der Unterlage liegen bleiben, kann man das Ergebnis der Augenzahlen „auslesen“. Beim Würfeln beeinflussen sich die Würfel unkontrolliert, das Ergebnis ist zufällig. Beim Quantencomputer ist dagegen die Kunst, die vielen Qubits mit ihren Wechselwirkungen so anzustossen, dass am Ende kein zufälliges sondern ein sinnvolles Ergebnis ausgelesen wird.

KLINGT ALLES VERRÜCKT? IST ES AUCH.

Die Physiker haben lange gebraucht, um sich mit den seltsamen Gesetzen der Quantenwelt anzufreunden, die unserer Alltagserfahrung widersprechen. Aber die Beherrschung der Quantenphysik hat bereits viele praktische Anwendungen, von Solarzellen über Glasfasernetze und Lasern bis zu MRT-Aufnahmen im Krankenhaus. Es ist also möglich die Quanten zu nutzen. Jetzt arbeiten rund um die Welt Physiker daran, die ungewöhnlichen Möglichkeiten der Qubits für immer schnellere Quantencomputer nutzen zu können.

Übeltäter



Es geschah an einem ganz gewöhnlichen Nachmittag, **um 15.45 Uhr**, im beschaulichen Zürcher Unterland.

Mit einem Hammer versuchten zwei Täter durch die Balkonglastüre in eine Liegenschaft einzudringen.

Sie scheiterten drei Mal! Dann gaben sie auf.

Pech gehabt, denn sie trafen auf eine QUDRAGARD® gesicherte Balkonfenstertüre. Innen mit der **Integral-Fenstersicherung** verstärkt und das Glas mit der einbruchhemmenden **Profilon-Folie** beschichtet.

Ungebetene Gäste habe da einfach **keine Chance!**

Eine erneute Erfolgsgeschichte aus über 40'000 montierten Sicherheitssystemen QUDRAGARD®.

Wenn auch Sie Sicherheit mehr schätzen als unwillkommene Gäste, dann nehmen Sie mit uns Kontakt auf:

www.quadragard.ch

Martin Eichholzer AG
QUADRAGARD EINBRUCHSCHUTZ
Bachmattweg 13
8048 Zürich
044 434 10 10

Zeglas AG
QUADRAGARD EINBRUCHSCHUTZ
Bahnhofstrasse 10
5040 Schöftland
062 739 30 40

VERSTECKTE KAMERAS ENTDECKEN

Werden Sie überwacht? Sind Minikameras in Rauchmeldern, Weckern und Kloschüsseln Ihres Hotelzimmers, in der Ferienwohnung oder gar bei Ihnen zuhause versteckt und beobachten Ihr Privatleben? Jetzt gibt es eine App, die Hightech-Spione aufspürt.

> Von June Carter



Einfach so sind Spionagekameras kaum zu erkennen. Die winzig-kleinen Hightech-Wunder messen nur wenige Millimeter; sie können leicht in Lampenschirmen, Steckdosen, Mülltonnen, Weckern, Wasserflaschen und Klodeckeln versteckt werden. Besonders teuer sind sie auch nicht mehr und so spielen sie nicht nur in Spionagefällen eine Rolle, sind doch auch Detektive und immer öfter Voyeure unter den Nutzern, um Menschen heimlich zu beobachten.

Bekannt ist ein brisanter Fall aus Südkorea. Vor rund zwei Jahren nahm die Polizei dort zwei Männer fest, die monatelang 1600 Hotelgäste gefilmt hatten. Und von dort kommt nun

auch die neue App, mit der sich Smartphone-Nutzerinnen und -Nutzer vor solchen Spähangriffen schützen könnten.

Die IT-Experten nennen ihre Software LAPD, sie läuft vorerst auf allen handelsüblichen Android-Smartphones; das Kürzel bedeutet Laser Assisted Photography Detection.

Erste Versuche mit 379 Testpersonen, die mit Smartphones und der LAPD-App in der Hand zuvor versteckte Kameras suchen sollten, fanden mit bloßem Auge lediglich knapp die Hälfte der Kameras (46 Prozent), die in den Testräumen versteckt waren; die App brachte fast doppelt so viele zum Vorschein (88,9 Prozent).

TECHNIK STECKT BEREITS IN VIELEN AKTUELLEN SMARTPHONES

Bisher gab es keine einfache Möglichkeit, um sich gegen die heimliche Videoüberwachung zu wehren. Man kann zwar spezielle Detektoren kaufen, die versteckte Kameras aufspüren sollen, doch deren Ausbeute war bisher eher bescheiden, denn bisher eingesetzte Detektoren versuchen, Funksignale oder Magnetfelder zu erkennen, die von Spionagekameras emittiert werden. Dadurch ist es zwar möglich, die Anwesenheit einer versteckten Kamera nachzuweisen. Ihren Standort aber kann man so nicht feststellen. Auch Rotlichtsensoren, die auf versteckten Linsen Reflexionen erzwingen sollen, sind lange nicht so effizient wie die LAPD-App.

Den Erfindern des Antispionage-App ist wichtig, dass ihre Software auf gewöhnlichen Smartphones funktioniert. Einzige Voraussetzung: Das Gerät muss mit einem sogenannten Time-of-Flight-Sensor (ToF) ausgestattet sein. Solche ToF-Chips stecken beispielsweise in dem LG V60, dem Huawei P30 sowie dem Samsung Galaxy S20+. Zwar bringen auch die Pro-Modelle der Apple iPhones 12 und 13 mit ihren Lidar-Scannern diese Technologie mit. Doch liefern die Android-Geräte bisher zuverlässigere Daten als die Schnittstelle der Apple-Smartphones.



REFLEXIONEN GESUCHT

Die ToF-Sensoren der Smartphones werden in erster Linie zur Unterstützung von deren Kameras verwendet. Mithilfe von Infrarotlicht prüfen sie, wie weit Personen, Möbel und Wände entfernt sind. Je länger das Licht braucht, um von einer Oberfläche reflektiert zum Sensor zurückzukommen, desto weiter ist das Objekt entfernt. Die Scanner werden also eingesetzt, um im Raum nach besonders hellen Reflexionen zu suchen. Der Trick: Kameralinsen reflektieren Licht stärker als die meisten anderen Oberflächen. Es ist derselbe Effekt, der Katzenaugen im Scheinwerferlicht aufleuchten lässt. Wenn das Infrarotlicht des ToF-Sensors auf die stark reflektierende Linse einer Minikamera trifft, erscheint diese auf dem Kamerabild als dunkler Fleck, den die Software als versteckte Kamera deutet.

Die vielen Leuchtpunkte auf stark glänzenden Oberflächen

wie Alufolie und Plastiktüten stellen die Entwickler anfangs vor ein Problem. Damit die App die vielen Reflexionen nicht mit Spionagekameras verwechselt, testet die Software jetzt zunächst, ob die Lichtpunkte rund genug sind. Linienförmige und rechteckige Reflexionen werden ignoriert. Schliesslich prüft eine mit 10.000 Fotos von Minilinsen trainierte künstliche Intelligenz (KI), ob es sich um eine Kamera oder vielleicht doch nur um ein Bohrloch in der Wand handelt.



12 MEGAPIXEL MINI KAMERA FATURALI

GRENZEN UND CHANCEN

Problematisch wird es für die Anti-Spionagekamera-App nur, wenn die versteckten Kameras ungewöhnlich gross sind. Denn die Software verfügt über eine Filterfunktion, die nur runde Objekte mit mehr als zwei Millimetern Durchmesser aussortiert. Gelingt es also einem «Spion», eine ziemlich grosse Kamera zu verstecken, wird sie vom LAPD-System wahrscheinlich ignoriert. – Höchstwahrscheinlich bleiben aber die heimlichen Beobachter doch eher bei Minisystemen, da man sonst die Kameras auch von blossen Auge erkennen würde.



SPIELE MIT DEM FEUER

Die Durchführung der ausserplanmässigen Manöver nahe den russischen Grenzen ist laut dem Verteidigungsministerium Russlands das aggressive Vorgehen der USA, das eine Bedrohung für die regionale Sicherheit und strategische Stabilität darstellt.

> Von Ives Mayard

Das US-amerikanische Manöver hat am 30. Oktober begonnen und erstreckt sich auf das östliche Mittelmeer und das Schwarze Meer. Die U.S. Navy ist derzeit mit dem Lenkwaffenzerstörer „USS Porter“, dem Führungsschiff „USS Mount Whitney“ und dem Versorgungsschiff „USNS John Lenthall“ im Schwarzen Meer präsent. Das Kommando führt die 6. Flotte der US-Marine, unterstützt von Nato-Verbündeten im gemeinsamen Stab an Bord der USS Mount Whitney.

SÄBELRASSELN?

Diese «Manöver» werden seitens Russland als Bedrohung für die regionale und strategische Sicherheit eingestuft, ungeachtet des gewaltigen Truppenzusammenzugs Russlands an der ukrainischen Grenze, der wesentlich bedrohlicher wirkt als die wenigen Kriegsschiffe der USA im Schwarzen Meer.





Videokonferenz von Joe Biden mit Vladimir Putin



Aber das russische Verteidigungsministerium betrachtet die Militäraktivität der USA und ihrer Verbündeten in der Schwarzmeer-Region als «Erkundung eines möglichen Schauplatzes von Militärhandlungen im Fall der Vorbereitung einer gewaltsamen Konfliktlösung durch die Ukraine im Südosten». Damit gemeint ist die eine generell erhöhte Militäraktivität der Nato und deren Verbündeten im Schwarzen Meer. SO beklagen sich die Russen über eine generell erhöhte Intensivität der Bewegungen der Marine-, Luftstreitkräfte sowie der Marineaufklärung der NATO.

Der Lenkwaffenkreuzer „Moskwa“ und die Fregatte „Admiral Essen“ sind die Augen Russlands im Schwarzen Meer. Sie melden die Routen Zerstörer «Porter» und das Kommandoschiffs «Mount Whitney» im westlichen Teil der Schwarzmeer-Gewässer.

Stärke zu testen.“

Kreml-Sprecher, Dmitri Peskow: «Der russische Staatschef, Wladimir Putin, zeigt sich sehr besorgt über die US-Präsenz im Schwarzen Meer.»

Russlands Verteidigungsminister Sergej Schoigu: «Russische Militärs überwachen US-Schiffe im Schwarzen Meer. Der Aufenthalt der amerikanischen Schiffe nahe Russlands Grenzen fordert eine hohe Aufmerksamkeit, aber zwischen den Administrationen der beiden Präsidenten hat es bislang keine Kontakte dazu gegeben.»

Pentagon-Sprecher John Kirby äussert sich dazu lakonisch: «Die USA werden im Schwarzen Meer nach eigenem Ermessen operieren!»



ZITATE DAZU:

Der russische Vize-Aussenminister, Sergej Rjabkow: „Wir sind wirklich darüber besorgt, was in der Schwarzmeer-Region passiert; das ist eine unaufhörliche Reihe von Provokationen, die die USA und die Nato-Verbündeten sowie einige Verbündete dieser Staaten in der Region durchführen. Was tun die amerikanischen Schiffe Tausend Meilen von ihren Stationierungspunkten entfernt im Schwarzen Meer? Erklärungen, wonach das um der Freiheit der Schifffahrt willen passiert, sind nicht glaubhaft. Es geht nur darum, unsere

SPANNUNGEN AN UKRAINER GRENZE

Erneut, wie im April marschiert die russische Armee mit starken Kontingenten im Osten der Ukraine auf; mit Panzern, Kampfflugzeugen, Raketen, Drohnen und elektronischen Waffensystemen ausgerüstet. Auf Satellitenfotos sind massive Verbände an Stellen zu erkennen, die vor wenigen Wochen noch verlassen waren.

Die Bilder zeigen auch, wie Panzertransporter auf Eisenbahnwaggons Richtung Westen rollen, russische Militärlager ent-



Lenkwaffenkreuzer Moskwa der Russen

stehen, nur ein paar Stunden von der ukrainischen Grenze entfernt. Bereits sollen rund 70 000 Soldaten an der Grenze befinden und insgesamt mehr als 175.000 Mann am Aufmarsch beteiligt sein. Auch an der Grenze des mit Russland befreundeten Belarus zur Ukraine sollen sich laut Geheimdienstinformationen rund 92 000 russische Soldaten bereithalten.

Inzwischen ist eine Art kalter Krieg zwischen der NATO und Russland entstanden. Schon jetzt problematisch an der krisenhaften Situation ist das fehlende Gespräch zwischen Moskau und dem Bündnis: Es gibt keine offiziellen Kanäle mehr, über die Diplomaten sich austauschen könnten. Anfang Oktober entzog die NATO acht russischen Diplomaten die Akkreditierung (darunter mutmasslich etliche Mitarbeiter des russischen Geheimdienstes) und reduzierte die russische

Vertretung bei der NATO um die Hälfte. Russland reagierte scharf, setzte die Arbeit seiner Mission bei der NATO ganz aus und suspendierte seinerseits die NATO-Militärmission in Moskau; und doppelte nach durch die Veröffentlichung geheimer Briefwechsel mit den Aussenministerien in Paris und Berlin zum Ukraine-Konflikt, ein harscher Verstoß gegen diplomatische Gepflogenheiten.

ESKALATION IM KLEINEN

Trotz der Appelle, den Frieden zu wahren, die Minsker Abkommen neu zu beleben und die Situation zu deeskalieren, giesst gerade die Kommandanten beider Seiten vor Ort erneut Öl ins Feuer. So werden Ortschaften und Armeestellungen

Russlands „Augen“...





Russische Truppen nahe der Grenze zur Ukraine

durch Separatisten im Gebiet Hranitne unter starken Artilleriebeschuss genommen, worauf die ukrainische Armee eine türkische Kampfdrohne vom Typ Bayraktar eingesetzt hat – trotz eines Verbots, auf das sich die Konfliktparteien bereits 2014 verständigt hatten. Voller Stolz veröffentlichte das ukrainische Verteidigungsministerium daraufhin Aufnahmen des Angriffs, mit dem Kommentar, dass ein großkalibriges Geschütz zerstört worden sei. Im russischen Fernsehen wiederum werden immer wieder Bilder von zerstörten Häusern auf dem Gebiet der selbsternannten Volksrepubliken Luhansk und Donezk, gezeigt, bewusst um die Stimmung aufzuheizen.

ESKALATION IM GROSSEN

Nach den Warnungen der Ukraine vor einem russischen Angriff schlägt die NATO immer schärfere Töne Richtung Moskau an. Putin hingegen zeigt durch Säbelrasseln und Provo-

kationen und militärischer Eskalation zeigen, dass es sinnlos ist, auf Russland Druck auszuüben. Statt zu verhandeln und sich im Sinne einer Deeskalation auszutauschen, setzt der Kreml rote Linien entlang der Grenzen aller russischen Interessen und warnt die NATO davor, diese roten Linien zu überschreiten. Damit meint er alle Bedrohungen, die von diesem Territorium ausgehen könnten. Und seine Bedenken sind verständlich. Ein in der Ukraine – als möglichem künftigen NATO-Mitglied – installiertes Gefechtsystem mit Mittelstrecken-Raketen bzw. Cruisemissiles bestückt, bräuchte eine Flugzeit von nur noch sieben bis zehn Minuten nach Moskau! Darauf müsse Russland reagieren, so Putin.

Bereits zuvor hatte Putin wiederholt US-Raketenabwehrsysteme in Polen und Rumänien kritisiert. Nun verlangt Putin Gespräche mit dem Westen. Russland will verlässliche und langfristige Garantien für seine Sicherheit und wir auf ver-

Luftaufnahme von russischen Flugzeugen nahe der Grenze zur Ukraine





lässlichen Vereinbarungen bestehen, die jegliche weiteren Schritte der NATO nach Osten und die Stationierung von Waffensystemen ausschliessen, die aus grosser Nähe russisches Territorium bedrohen.

NATO-OSTERWEITERUNG ALS DIREKTE BEDROHUNG RUSSLANDS

Seit Jahren gibt es zwischen Russland und dem Westen harte Diskussionen um eine angebliche Zusage des Westens nach Ende des Kalten Krieges: Der damalige US-amerikanische Aussenminister James Baker habe damals Russland versichert, dass es keine Osterweiterung der NATO geben werde. Tatsächlich sind 2004 aber sieben Länder Osteuropas der NATO beigetreten - auf eigenen Wunsch.

Bakers Aussage fand sich nie in einem formellen Vertragstext wieder. Diese Politik sieht Russland nach wie vor als Vertragsbruch des Westens. Für den Kreml sind Staaten wie die Ukraine Teil der russischen Einflussphäre. Unter dem Titel „Über die historische Einheit von Russen und Ukrainern“

veröffentlichte Putin im Sommer einen Essay, in dem er den Ukrainern sowohl eine eigene Identität als Volk als auch einen eigenständigen Staat abspricht. Westliche Staaten und auch die Ukraine ihrerseits betonen das Selbstbestimmungsrecht der Staaten – auch jener, die aus der Sowjetunion hervorgegangen sind. Für viele, etwa für die baltischen Staaten, war der NATO-Beitritt angestrebtes strategisches Ziel – auch, um sich Russland gegenüber verteidigen zu können.

MEHRHEIT FÜR NATO-BEITRITT

So lehnt denn die Ukraine jede Forderung aus Moskau ab. Die NATO-Mitgliedschaft hat das ukrainische Parlament gar als Ziel in die Verfassung schreiben lassen und in vielen öffentlichen Umfragen spricht sich eine relative Mehrheit der Ukrainer für einen NATO-Beitritt ihres Landes aus. Seit 2008 liegt der Antrag auf dem Tisch.

Seit den 1990er-Jahren führen zwar die Ukraine und die NATO gemeinsame Militärübungen durch aber eine Aufnahme der Ukraine im westlichen Verteidigungsbündnis gilt als

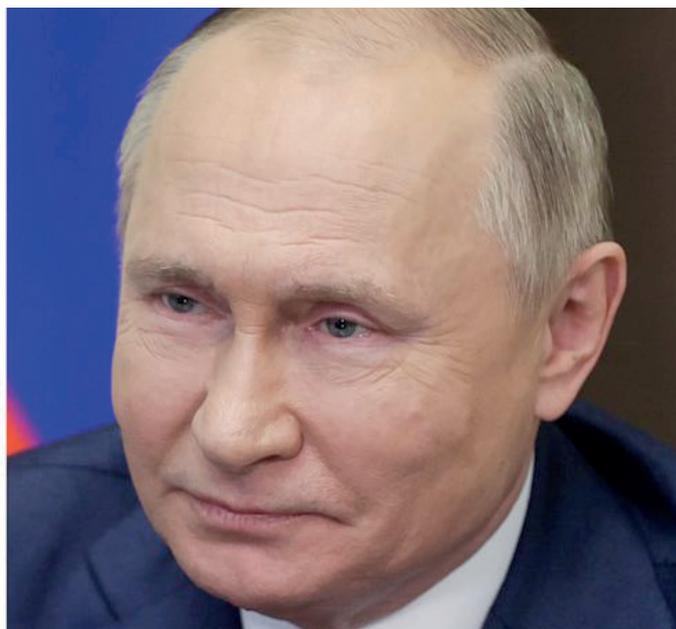
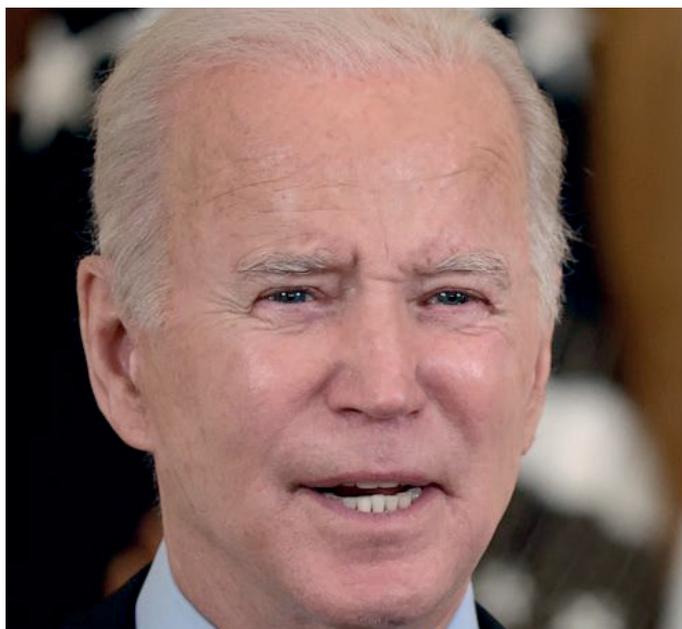




Lenkwaffenzerstörer USS Porter

USS-Mount-Whitney





Beide Staatschefs setzen „rote Linien“

höchst unwahrscheinlich. Sie würde die europäische Sicherheitsarchitektur erschüttern - mit unkalkulierbaren Folgen.

Für viele Ukrainerinnen und Ukrainer sind die gemeinsamen Militärübungen und Waffenlieferungen aus Bündnisstaaten wie der Türkei und den USA eine überlebensnotwendige Unterstützung im Kampf gegen Rebellen in der Ostukraine, die aus Russland finanziell und militärisch unterstützt werden.

Russland fordert aber, dass die ukrainische Regierung direkte Gespräche mit den Rebellenführern der selbsternannten Volksrepubliken Donezk und Luhansk führen solle. Doch da diese direkt von Moskau abhängig sind, ergäben solche Gespräche aus ukrainischer Sicht wenig Sinn. Genauso wenig die Vereinbarungen „Minsk I“ und „Minsk II“: Russland pocht aber auf die Einhaltung der Regeln, die der damalige ukrainische Präsident Petro Poroschenko 2015 – unter hohem militärischen Druck Russlands mit seinen verdeckt agierenden russische Truppen – unterschrieben hat. Sie stellen aber aus Sicht der heutigen ukrainischen eine Gefahr für die Souveränität der Ukraine dar.

WIE WEIT GEHT RUSSLAND?

So lehnt denn die Ukraine jede Forderung aus Moskau ab. Will Putin in die Ukraine einmarschieren lassen, das Land anektieren, wie die Krim? Wohl eher nicht, denn eine direkte, militärische Aktion dieser Art wäre sehr teuer und schwierig. Zumal der neue Zar für eine Invasion der Ukraine kaum Unterstützung in der russischen Gesellschaft finden würde. Putin würde auch sein Gesicht verlieren, nachdem er stets betonte, dass Russland offiziell mit dem Krieg in der Ostukraine nichts zu tun habe.

Dennoch birgt die weitergehende militärische Eskalation eine grosse Gefahr. Zufällig kann sich „ein Unfall“ ereignen, der schnell zu einer militärischen Auseinandersetzung zwischen der Ukraine und Moskau führt. Beispielsweise können versehentlich abgegebene Schüsse, ein falscher Befehl, ein Militärfahrzeug, das irrtümlich die Grenze passiert oder ein Manöver

mit einer fehgeleiteten Granate den zünden Funken für eine massive Entladung der Spannungen sein. – Auf beiden Seiten der Grenze sind Tausende schwer bewaffnete Soldaten relativ nahe beieinander stationiert. Die Geschichte lehrt, wie rasch aus einem Spannungsfeld ein Krieg werden kann.

WIE HOCH POKERT PUTIN?

Joe Biden kann nicht verhindern, dass Wladimir Putin die Ukraine überfällt. Niemand sollte sich der Illusion hingeben, Amerika werde Truppen schicken, um das Land im Notfall zu retten. Militärisch ist die Lage ganz einfach: Wenn der russische Präsident zu dem Schluss kommt, er müsse seine Armee unbedingt in das Nachbarland einmarschieren lassen, um Russlands angebliche Einflussphäre zu verteidigen, dann wird er das tun - und kein GI und kein anderer NATO-Partner wird sich ihm in den Weg stellen. Bei seinem Videogipfel mit Putin am 7.11. hat Biden Putin klargemacht, welchen Preis Russland für einen Einmarsch in die Ukraine bezahlen müsste. Nicht die lahmen Massnahmen wie vor sieben Jahren, nach dem Raub der Krim, sondern Sanktionen, die die schwächliche Wirtschaft Russlands sehr schwer treffen würden.

Über Putins Charakter und Absichten macht sich Biden keine Illusionen; anders als die alte Regierung Deutschlands, die naiv eine Pipeline zusammen mit dem Mann gebaut hat, der Dissidenten einsperrt, Kritiker vergiftet und in aller Seelenruhe einen Nachbarstaat zerstückelt – und damit zugleich die europäische Ordnung nach dem Ende des Kalten Krieges zerstört, deren Kern das Verbot ist, Grenzen mit Gewalt zu verschieben. Washington wird im Falle einer Invasion derart harte Wirtschaftssanktionen gegen Russland verhängen, die dem Land praktisch alle Geschäfte unmöglich machen, für die auch nur ein einziger Dollar notwendig ist. Die EU wird Russland mit Sicherheit ebenso konsequent vom Zahlungsverkehr mit dem Euro abschneiden. Ob sich China dann noch für den geschwächten Zar Putin erwärmen kann, ist mehr als fraglich.

BURKINA FASO IM WÜRGEGRIFF DES TERRORS

Nach Protesten hatte Präsident Roch Marc Christian Kaboré, der seit 2015 an der Macht ist, erst letzthin einen verbesserten Kampf gegen den Terrorismus angekündigt. Hintergrund sind anhaltende Erschütterungen durch militante Islamisten, immer mehr unkontrollierbar durch die schwache Regierung. Viele Menschen im Land glaubten Präsident Kaboré wegen seiner offensichtlichen Untätigkeit nichts mehr und forderten bei Demonstrationen in der Hauptstadt Ouagadougou lautstark den Rücktritt des Staatschefs.

> Von Anton Wagner (seit dem 20. Dezember zurück aus Burkina Faso)





Darauf reagierte Kaboré anfangs Dezember, allerdings nicht wie gefordert. Kurzerhand entliess der Präsident seinen Ministerpräsidenten **Christophe Marie Joseph Dabiré**, der zuvor sein Rücktrittsgesuch eingereicht hatte – ob auf Drängen des Präsidenten, ist allerdings unklar. Durch den Schritt wurde in Burkina Faso automatisch auch die Regierung aufgelöst. Zwei Tage später hat nun Staatschef Kaboré per Dekret einen neuen Ministerpräsidenten ernannt. Es handelt sich um **Lassina Zerbo**, den ehemaligen Generalsekretär der Organisation des Vertrags über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen (CTBTO).

ANGST HERRSCHT IN BURKINA FASO

In Burkina Faso nimmt die Gewalt laufend zu. Besonders aggressiv stossen Dschihadisten-Milizen im Südosten des Landes unweit der Grenze von Benin und Togo, rund um die Ortschaft Nadiagou vor. Die aus Mali stammende «Gruppe für die Unterstützung des Islams und der Muslime» (JNIM) hat es geschafft, erste Orte unter ihre Kontrolle zu bringen. Die Bevölkerung der Region ist wie gelähmt, wer kann – vor allem Männer, darunter die Dorfchefs, Lehrer, Heiler, religiöse Führer, Sheikhs und Imame, denen die Erschiessung droht – flieht, Schulen, Läden, Märkte und Kirchen sind geschlossen. «Die Dschihadisten kontrollieren das Dorf», sagt ein Einwohner, der sich in die Hauptstadt Ouagadougou gerettet hat, weiterhin aber mit Verwandten in Kontakt steht, «nur noch Frauen, Kinder und alte Leute sind da.»

Beinahe ungehindert können sich die Terrormilizen in den Grenzregionen des Landes ausbreiten. JNIM hat bisher im Norden und Nordwesten Anschläge verübt, während der «Islamische Staat in der grösseren Sahara» (EIGS) vor allem im Osten und in der Grenzregion des Nachbarlandes Niger aktiv ist. Es ist ein eigentlicher asymmetrischer Krieg, gegen

den Staat mit seinen zahlenmässig bescheidenen Militärkräften, der Gendarmerie und Polizei nur wenig Widerstand zu leisten vermag. Es ist die grösste Sicherheitskrise seit der Unabhängigkeit 1960.

Vordringlichstes Ziel der Terrormilizen sind die Goldminen des Landes, was die Finanzierung der Dschihadisten sichern könnte.

KRASSE ENTWICKLUNG

Seit 2016 sind durch den Terror nur in Burkina Faso mehr als 2 100 Menschen ums Leben gekommen. Allein zwischen Juli und September dieses Jahres starben 285 Personen. Mehr als 1,4 Millionen Menschen sind auf der Flucht, knapp 2 700 Schulen geschlossen, weit über 300 000 Kinder und Jugendliche erhalten keinen Unterricht mehr. Laut UNHCR spielt sich in Burkina Faso die am schnellsten wachsende humanitäre Krise der Welt ab. 1,2 Millionen Binnenflüchtlinge wurden bereits vertrieben.

Binnenflüchtlinge fliehen vor Terroristen





GEFAHREN FALSCH EINGESCHÄTZT

Auslöser für den erneut grossen Druck auf die Regierung war der Angriff auf Sicherheitskräfte in Inata im Norden gewesen. Dort starben am 14. November – also vor wenigen Wochen – 53 Gendarmen sowie vier Zivilisten. Rund 60 Gendarmen werden seit dem Angriff immer noch vermisst.

Es war einer der grössten Anschläge auf Sicherheitskräfte im Sahel gewesen. Für viele Menschen im Land ist damit endgültig eine Grenze überschritten worden. Schon viel zu lange lief vieles falsch. Es gab immer wieder Anzeichen für Gefahren, Anschläge von Dschihadisten, Ablegern von Al Kaida und IS, auf Grenzdörfer, Bombenattacken, selbst in der Hauptstadt. Aber diese wurden durch die Regierung nicht wirklich ernst genommen.

Präsident Kaboré fehlten bisher offenbar Einsicht und Mut, um eine wirksame Strategie gegen den Terror zu entwickeln und durchzusetzen. Er müsste dazu Männer und Verbündete in der Subsahelzone finden, die den Terrorismus effizient bekämpfen können...

TERRORISMUS GRENZÜBERGREIFEND BEKÄMPFEN

Doch nicht nur Burkina Faso kämpft gegen den Terrorismus. Die ganze Sahelzone ist betroffen. Der Terror begann vor sieben Jahren in Mali, und hat sich nach Niger und Burkina Faso ausgebreitet. Der Hintergrund ist vielschichtig. Einige Gruppen sind Islamisten, andere ethnisch motiviert. Alle profitieren davon, dass der Staat kaum existiert in der spärlich besiedelten Sahelregion. Einer bewaffneten Gruppe beizutreten, ist oft die einzige Chance auf einen sozialen Aufstieg.

Etlliche Länder der Sahelzone leiden unter der Geissel des Terrorismus. Immer wieder kommt es zu Angriffen dschihadistischer Gruppierungen auf Sicherheitskräfte und Zivilisten. Militär und Blauhelmen der Vereinten Nationen (VN) gelingt

es kaum, die Lage längerfristig zu kontrollieren. Radikale und Kriminelle überfallen besonders in dem Dreiländereck Niger, Mali und Burkina Faso Ortschaften und töten wahllos Menschen. Nur nach und nach reift ein Plan mit einer länderübergreifenden Anti-Terror-Operation die Lage in den Griff zu kriegen. An dieser sollen sich auch Ghana, Togo und die Elfenbeinküste mit mehr als 5 700 Soldatinnen und Soldaten beteiligen. Bisher sind rund 300 Verdächtige festgenommen worden. Die europäischen Staaten zögern, ihre Einsatzkräfte zu bündeln – auch wenn allen klar ist, dass afrikanische Streitkräfte und Polizeien, den Angriffen letztendlich nicht gewachsen sind.

Abgeordnete der Oppositionspartei «Union für Fortschritt und Wandel» (UPC) wie **Amadou Diemdiouda Dicko**, halten länderübergreifende Initiativen für alles entscheidend, denn die Lage ist auch in Mali und Niger sehr ähnlich.

Amadou Diemdiouda Dicko, Abgeordneter der Oppositionspartei



Wichtig sind aber nicht nur militärische Operationen der Regierung, denn wenn der Rückhalt in der Bevölkerung nicht vorhanden ist, sich die Menschen resigniert in ihr Schicksal ergeben, kann der Terrorismus kaum aufgehalten werden. «Die Menschen müssen verstehen, dass wir nur gemeinsam den Terrorismus bekämpfen können», meint Dicko. Allerdings sei es schwer, passende Lösungen zu finden. Seiner Meinung nach sei aber nicht nur die Regierung in der Verantwortung: «Die Bevölkerung muss mit einbezogen werden und zum Beispiel verdächtige Personen melden. Waffen allein bringen keine Lösung.» Das wird auch im Nachbarland Mali deutlich, wo sich die Sicherheitslage trotz internationaler Militärmissionen und Ausbildungsprogrammen für die Streitkräfte in den vergangenen Jahren weiter verschlechtert hat.

ZEICHEN SETZEN

Um zügig ein Zeichen zu setzen, hat Präsident Kaboré Oberstleutnant Wendwaoga Kéré damit beauftragt als Generalinspektor Missstände innerhalb der Streitkräfte zu beheben, um schlagkräftiger zu werden. Für Parlamentarier Dicko nimmt das immerhin die Spannung heraus. «Vom Präsidenten werden schliesslich Taten gefordert.»

NEUE GESICHTER STATT GRUNDLEGENDER VERÄNDERUNGEN

Ibrahima Maïga von der Bewegung «Sauvons le Burkina Faso» reicht das allerdings nicht: «Er hat bereits viermal den Stabschef ausgewechselt. Er hatte vier Verteidigungsminister. Wir haben alles ausprobiert und ausgetauscht. Nur ihn selbst noch nicht.» Maïga fordert stattdessen eine Regierung der nationalen Einheit. Es sei jedoch schwierig, jemanden zu finden, der dieser vorsteht. «Opposition und Regierung sind doch gleich unfähig, jeder versucht zuerst seine eigenen Interessen und Pfründe zu wahren.»

Auch **Eric Ismaël Kinda**, Sprecher der Bürgerbewegung «Balai Citoyen» (Bürgerbesen) sagt, der Austausch von Personen reiche nicht aus. Stattdessen brauche es Kompetenz. Anders als bei früheren Protesten – die «Balai Citoyen» hatten 2014 friedlich den Rücktritt des damaligen Langzeit-Präsi-

Ibrahima Maïga fordert nationale Einheit



denten Blaise Compaoré erzwungen – hat sich Burkina Fasos bekannteste zivilgesellschaftliche Organisation bisher nicht an den Demonstrationen beteiligt. Man warte ab, wie viele Menschen «Sauvons le Burkina Faso» für Proteste mobilisieren könne, meint Kinda vorsichtig.



Fatimata Ourba flüchtete mit Mann und vier Kindern in die Hauptstadt

VIELE MENSCHEN AUF DER FLUCHT

Fatimata Ourba sitzt zwischen ihren vier Kindern, anderen Familienmitgliedern und Nachbarn auf einem blauen Plastikstuhl und guckt in die Kamera. Sie ist geflüchtet aus der Sahel-Region, lebt jetzt aber in Pazani - ein Viertel im Norden von Ouagadougou. Fatimata Ourba ist mit ihrem Mann und vier Kindern aus dem Norden von Burkina Faso in die Hauptstadt Ouagadougou gekommen aus Angst vor Terrorangriffen.



Rasamané Nikiema greift zu Selbstverteidigung

Rasamané Nikiema ist ein grosser, hagerer Mann im weissen Gewand – einem Boubou, das viele in Westafrika tragen. Er lebt in Saaba, einem Vorort von Ouagadougou. Hier versorgt er sich auf einem kleinen Stück Land selbst – züchtet Ziegen und baut Mais an. Aus dem Haus holt er ein langes, glänzendes Messer und einen Holzschlegel – das habe er zum Schutz angeschafft.

«Es gab eine Zeit, in der wir grosse Probleme mit Diebstahl hatten. Hier in Saaba hat man uns die Ernte gestohlen und auch unser Vieh. Dann haben wir gehört, dass es im Dorf Rasamkande eine Gruppe gibt, die sich Koglewego (Wächter des Waldes) nennt. Wir haben sie besucht und danach selbst so eine Verteidigungsgruppe gegründet. Seitdem wird bei uns weder die Ernte noch das Vieh gestohlen.»

Von diesen Selbstverteidigungsmilizen gibt es inzwischen viele im Land. Sie haben richtige Strukturen aufgebaut und übernehmen zahlreiche Aufgaben: Das Verhaften von Einbrechern, die Sicherstellung von Diebesgut, der Schutz bei Veranstaltungen. Das zeigt vor allem eines: Der Sicherheitsapparat in Burkina Faso hat in den vergangenen Jahren versagt. Die Lücke füllen neue Organisationen. Nur gegen die Terrormilizen helfen die schwach bewaffneten «Wächter des Waldes» nicht.

TERROR-VORURTEILE GEGEN PEUL-MINDERHEIT

Feierabendverkehr in Ouagadougou. Durch das Zentrum drängeln sich unzählige alte, laute Mopeds, kleine Lastwagen und Fahrradfahrer. An einer der Hauptstrassen liegt das Büro von **Issa Diallo**. Er vertritt eine der fast 70 Sprachgemeinschaften in Burkina Faso. Genauer gesagt ist er der Präsident der nationalen Kommission für die Peul-Sprache – gesprochen von einer ethnischen Gruppe, die in vielen anglophonen Ländern Westafrikas als Fulani bekannt ist. Sie halten Vieh und viele leben bis heute als Halbnomaden.



Issa Diallo, er gehört zur Ethnie der Peul

Angesprochen auf die Selbstverteidigungsmilizen winkt Diallo ab. Die hätten nichts mit dem Schutz der Bevölkerung zu tun. «Alle Peul, die in ländlichen Regionen leben, sind auf die eine oder andere Weise terrorisiert.» Auch die Armee böte ihnen keinen Schutz, im Gegenteil. Vor den Soldaten hätten viele Peul ebenso Angst, so Issa Diallo.

Dabei galt Burkina Faso, wo knapp 21 Millionen Menschen leben, lange als beispielhaft für ganz Westafrika. Das Land gehört laut Entwicklungsindex der Vereinten Nationen zwar

stets zu den ärmsten der Welt. Doch anders als in Nachbarstaaten waren Konflikte zwischen den vielen Ethnien und Religionen bisher die Ausnahme. Der Staat ist für seine Dialogbereitschaft bekannt.

Aber offenbar hat sich das in den vergangenen Jahren geändert. Als Wendepunkt gilt das Jahr 2014. Damals wurde Langzeitherrscher **Blaise Compaoré** – nach 27 Jahre an der Macht – durch die Zivilgesellschaft zum Rücktritt gezwungen. Er lebt im Nachbarland Elfenbeinküste im Exil. Es heisst, er habe in seiner Regierungszeit mit Terrorgruppen aus der Region Deals verhandelt, damit Burkina Faso nicht angegriffen wird.

Blaise Compaoré, der ehemalige Staatspräsident lebt im Exil



Diese neue Gewalt wirke sich auch auf das Miteinander der verschiedenen Ethnien im Lande aus, sagt Issa Diallo. «Das Misstrauen ist riesig. Im Norden gibt es Gegenden, in denen ein Peul-Mann nicht unterwegs sein kann. Wenn er das tut, kommt er nicht mehr lebend zurück.»

Die Peul machen gut acht Prozent der Bevölkerung aus, sind muslimischen Glaubens und viele fühlen sich stigmatisiert, sagt ihr Vertreter. Das hängt zusammen mit der „Gruppe für die Unterstützung des Islams und der Muslime“. So nennt sich eine Terrorbewegung, die besonders häufig Anschläge im Norden und Osten von Burkina Faso verübt. Ihren Ursprung hat die Gruppe zwar 2017 in Mali. Der Gründer – Amadou Kouffa – ist jedoch ein Peul. Deshalb heisst es immer wieder, dass vor allem Angehörige dieser Ethnie rekrutiert werden. Das führt zum Vorurteil: Peul sind Terroristen.

OPPOSITION FORDERT MIT TERRORISTEN ZU VERHANDLEN

Das alte Gefühl von Sicherheit und Stabilität in Burkina Faso ist weg. Der jahrelange Antiterrorkampf von Präsident Roch Marc Christian Kaboré sei erfolglos, klagt **Sandrine Nama**. Sie ist Programmkoordinatorin der nichtstaatlichen Organisation «Dialog für Gerechtigkeit und Sicherheit».

Da militärische Lösungen nicht funktionieren, beherrscht folgende Frage die Debatte: «Soll man mit Dschihadisten verhandeln?» Es ist die Frage, die sich jeder stellt. Viele Oppositi-



Die grosse Goldmine Mine von Boungou ist das Ziel der Terroristen.

onspolitiker haben sich bereits für Gespräche ausgesprochen. Darunter auch Eddie Komböigo, Spitzenkandidat der Partei des einstigen Langzeitherrschers Compaoré.

«Es ist eine Vorgehensweise, die wir verstehen müssen: Was soll mit den Angriffen auf unser Land erreicht werden? Warum greifen diese Leute weder Frankreich, Grossbritannien, Deutschland noch den Tschad an? Aber warum den Sahel? Dazu müssen wir mehr wissen.»

Der Wunsch nach Verhandlungen hängt auch mit der Entwicklung im Nachbarland Mali zusammen. Dort hatten bereits 2012 verschiedene Terrorgruppen den Norden besetzt. Trotz verschiedener internationaler Sicherungsmissionen, an denen sich auch die Deutsche Bundeswehr beteiligt, sind der Norden und das Zentrum bis heute instabil. In Mali herrscht mittlerweile Konsens darüber, dass Gespräche mit den Terroristen geführt werden müssen. Die militärische Lösung hat keinen Erfolg gebracht.

In Burkina Faso hat Präsident Kaboré Treffen und Verhandlungen offiziell aber immer abgelehnt.

ASYMMETRISCHER KRIEG SORGT FÜR EINE MILLION BINNENFLÜCHTLINGE

Durch den asymmetrischen Krieg verlassen immer mehr Menschen ihre Dörfer. Es ist inzwischen eine der grössten

Flüchtlingskrisen der Welt, die in Europa aber bisher wenig Beachtung findet. Längst nicht alle Vertriebenen sind in Camps untergebracht. Stattdessen haben viele Unterschlupf bei Verwandten gefunden. Die Versorgung mit Nahrungsmitteln ist das grösste Problem. Die tausenden von Flüchtlingsfamilien sind auf Spenden angewiesen. Kaum einer der Vertriebenen findet in der Fremde einen Job. Kein Wunder, lebt doch in Burkina Faso sowieso schon jeder dritte unterhalb der Armutsgrenze. Für die junge Bevölkerung gibt es wenig Perspektiven. Und die Arbeit in der Heimat der Geflüchteten liegt brach, denn niemand bestellt die Felder.

KAMPF UM DIE GOLDMINEN

Seit 2012 eine neue Goldader im Nordosten des Landes entdeckt wurde, sind viele neue Minen entstanden. Die grosse Mine von Boungou wurde zwischen 2017 und Mitte 2018 eingerichtet. Jetzt ist die Region ist besonders gefährdet. Mindestens 39 Menschen starben vor ein paar Wochen bei einem Überfall auf Busse, die Minenarbeiter nach Boungou bringen sollten. 60 weitere wurden verletzt.

Der Minenarbeiter **Guïro Abdoul Kader** wurde im Bus von den Angreifern im Schlaf überrascht: «Ich hörte, wie die Scheiben zerbarsten. Im gleichen Moment bohrte sich eine Kugel in meinen Rücken und ich ging zu Boden», erzählt er.



«Mein Kollege fiel über mich. Ich sagte, er solle sich kleiner machen und in Deckung gehen. Er antwortete, er sei getroffen worden, und dass wir jetzt beten müssten.»

EINE VERLOCKENDES ZIEL FÜR DIE DSCHIHADISTEN

Betrieben wird die Mine von der kanadischen Bergbaufirma SEMAFO. CEO **Benoît Désormeaux** versprach bei einem Besuch in Burkina Faso Anfang der Woche, man werde für die Verwundeten aufkommen und beschwor die Partnerschaft mit dem Land: «Seit vielen Jahren arbeiten wir mit den Menschen in Burkina Faso zusammen. Gemeinsam wollen wir ausloten, wie wir die Zusammenarbeit fortsetzen und gleichzeitig die Sicherheit für die Mine gewährleisten können.»

Doch ebendiese Sicherheit ist jetzt infrage gestellt. Schon 2016 hätten Islamisten erstmals Goldminen in der Sahara unter ihre Kontrolle gebracht, schreibt die International Crisis Group in einem aktuellen Bericht. Die Sicherheitskräfte seien zurückhaltend, wenn es darum gehe, ländliche Gebiete zu schützen. Mit fatalen Folgen: «Je mehr sich die Sicherheitslage verschärft und bewaffnete Gruppen das staatliche Gewaltmonopol infrage stellen, desto mehr bröckelt die Fähigkeit der Verantwortlichen, Minen auch nur indirekt zu sichern», so die Autoren der Studie. Stattdessen sicherten sich Islamisten und

andere bewaffnete Gruppen über das Gold eine neue Einnahmequelle.

DER TERROR GEHT WOCHE FÜR WOCHE WEITER

Erst vor drei Wochen kamen bei Angriffen islamistischer Rebellen und marodierender Banden in Mali und Niger etwa 140 Einheimische ums Leben. Ebenso waren bei einer Terrorattacke auf einen mit Zivilisten besetzten Lastwagen in Mali mindestens 31 Menschen getötet worden. Etwa 17 weitere Menschen waren bei einem Angriff Bewaffneter am Freitag nahe der Ortschaft Songo verletzt worden. Die Opfer waren unterwegs zu einem Markt in der Stadt Bandiagara im Zentrum Malis.

In Nigeria wurden gleichzeitig 29 Soldaten und 79 Angreifer getötet, als Dschihadisten die internationale Fianto-Armeebasis in der nigerianischen Region Tillabéri zu stürmen versuchten. Mit Hunderten Motorrädern waren die Angreifer auf den Stützpunkt der Organisation „G5-Sahel“ zugefahren. Hier versuchen militärische Kräfte aus Mauretanien, Niger, Tschad, Mali und Burkina Faso gemeinsam gegen Aufständische in der Sahelregion zu kämpfen.

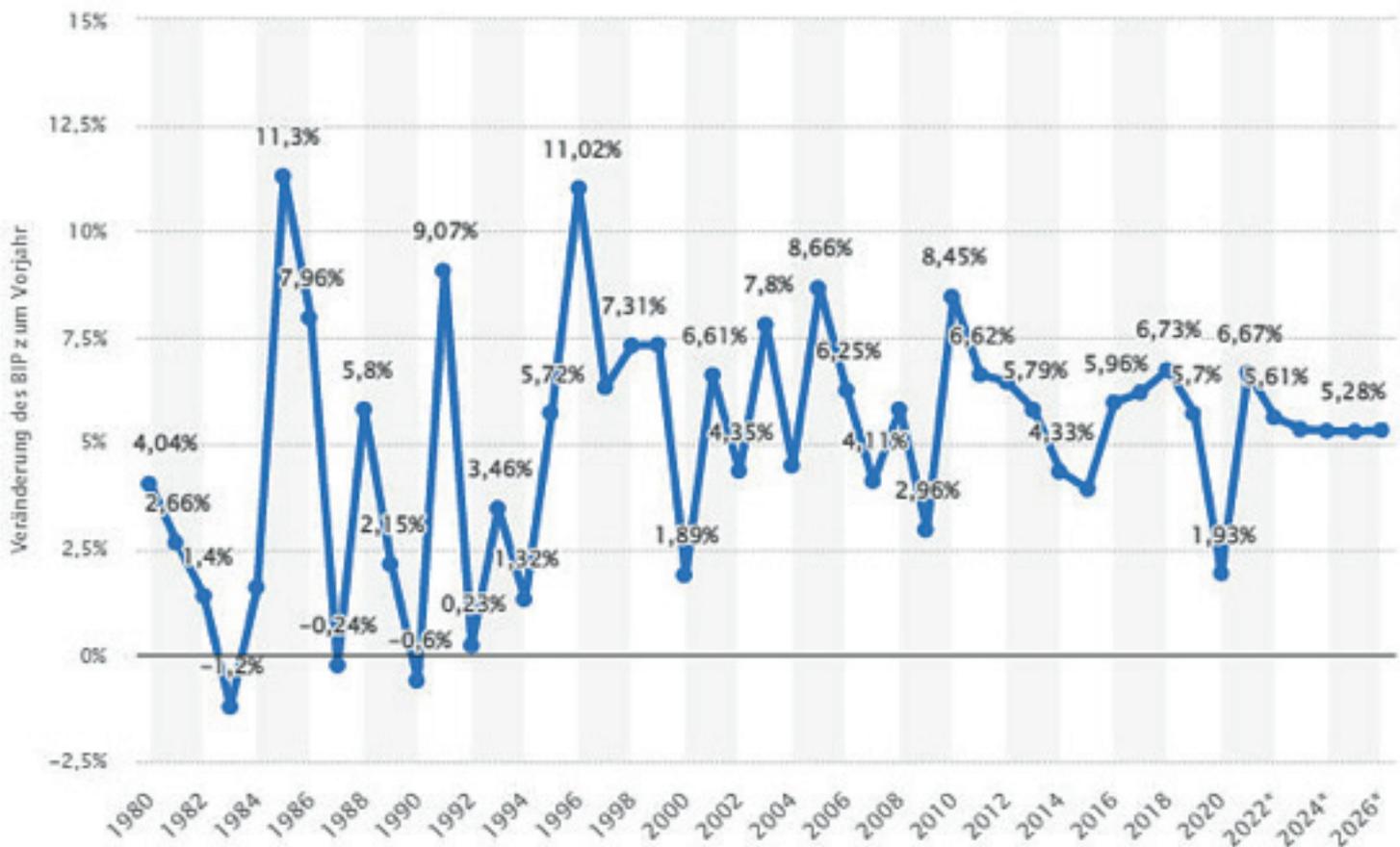


HEISSE TAGE IN BURKINA FASO



Burkina Faso, wörtlich „Land der integren Männer“, verzeichnet seit dem Stillstand im Umfeld der politischen Wirren des Jahres 2015 ein dynamisches und regelmässiges Wirtschaftswachstum. Doch nun bricht der zaghafte Aufschwung brutal in sich zusammen. Covid-Pandemie, Klimakrise und Terrorismus durch aggressive Dschihadistengruppen in den Grenzregionen, bringen das Land an den Rand des Zusammenbruchs.

> Von Anton Wagner und Mariam Oedraogo



Die Statistik zeigt das Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Burkina Faso im Zeitraum 1980 bis 2020 und Prognosen bis zum Jahr 2026. (Das Bruttoinlandsprodukt bezeichnet den Gesamtwert aller Waren und Dienstleistungen, die im betreffenden Jahr innerhalb der Landesgrenzen hergestellt wurden und dem Endverbrauch dienen. Es gilt als wichtiger Indikator für die Wirtschaftskraft eines Landes.

Alles sah bis 2019 nach einer nach und nach prosperierenden Wirtschaft aus, nicht nur in Burkina Faso, auch in den umliegenden Ländern der Subsahelzone. In Burkina Faso stieg das Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP), nach 2015 mit 3,92 %, im Jahr 2016 auf 5,96 % weiter an, auf 6,2 % im Jahr 2017 und nochmals im Jahr 2018 auf 6,73. 2019 lag die BIP-Wachstumsrate dann immer noch bei 5,7 % (sie Schweiz erzielte 2019 rund 727 Mrd. CHF BIB...). Das Jahr 2020 brachte, aufgrund der COVID-19-Pandemie, Dürren und wachsendem Einfluss von Terroristen in Burkina Faso (BIB-Wachstum 1,93 %), wie für alle Volkswirtschaften in Subsahelzone Afrikas, einen starken Rückgang des Wirtschaftswachstums. Für das Jahr 2021 wird das Wachstum des BIB in Burkina Faso vorerst – etwas optimistisch – auf rund 6,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr prognostiziert.

WIRTSCHAFTSLAGE IN BURKINA FASO

Das durchschnittliche Einkommen je Einwohner liegt bei 384 Euro (400.- Schweizer Franken) im Jahr. Das Bevölkerungswachstum im Land sorgt zugleich dafür, dass die Ernährungssicherheit im Land auf längere Sicht wohl nicht mehr gegeben ist. Als Binnenland verfügt Burkina Faso über keinen eigenen Zugang zum Meer.

Deshalb muss das Land für Exporte hohe Transportkosten zahlen. Aber auch die Kosten für Energie sind für das Land sehr hoch. Eigene Anstrengungen und Bemühungen auf in-

ternationaler Ebene führten bisher nicht dazu, dass die Lage für die Bevölkerung verbessert werden konnte.

BILDUNGS- UND GESUNDHEITSSYSTEM

In Teilbereichen herrsche schon „Alarmstufe Rot“, sagt BSI-Präsident Arne Schönbohm. Ursächlich dafür seien die deutliche Professionalisierung der Cyberkriminellen, die zunehmende digitale Vernetzung und die Verbreitung gravierender Schwachstellen in IT-Produkten.

Informationssicherheit solle auch künftig einen deutlich höheren Stellenwert einnehmen und zur Grundlage aller Digitalisierungsprojekte werden, resümiert der Bericht. Es klingt aZugleich sind das Bildungs- und auch das Gesundheitsniveau im Land sehr gering. Deshalb wird auch in der nächsten Zeit kein ausschlaggebendes Wirtschaftswachstum erwartet. Den grössten Teil der Staatseinnahmen erzielt Burkina Faso aus Auslandskrediten und Zuschüssen. Diese machen rund 70 Prozent der Einnahmen aus. Jedoch hat Burkina Faso im Jahr 2000 eine Strategie zur Armutsbekämpfung entwickelt. Anhand eines Aktionsplans erfolgt die Umsetzung. Um diesen Aktionsplan umzusetzen, ist das Land jedoch auf multi- und bilaterale Geldgeber angewiesen.

DIE WICHTIGSTEN WIRTSCHAFTSZWEIGE BURKINA FASOS

Als Agrarland trägt die Landwirtschaft fast mehr als 35 Pro-

zent zum Bruttoinlandsprodukt bei. Dabei lebt der Grossteil der Bevölkerung, nämlich rund 80 Prozent, in den ländlichen Regionen Burkina Fasos. Zugleich verdienen rund 80 Prozent der Einwohner im primären Sektor ihr Geld. Dieser grösste Teil ist im Bereich der Landwirtschaft, aber auch in der Fischerei, Viehzucht und in der Forstwirtschaft tätig. Über viele Bodenschätze verfügt Burkina Faso nicht. Jedoch gibt es im Land ein Goldvorkommen. Gold und auch einige Güter aus dem primären Wirtschaftssektor, wie zum Beispiel Vieh und Baumwolle, zählen zu den wichtigsten Exportgütern. Die landwirtschaftlichen Erzeugnisse konnten bisher im Land nicht sehr gut weiterverarbeitet werden, denn dazu fehlten die Mittel. Deshalb setzt Burkina Faso zunehmend auf den Aufbau der Weiterverarbeitung, um mehr Einnahmen erzielen zu können.

DER TERTIÄRE SEKTOR, DER DOMINIERENDE FAKTOR DER BURKINISCHEN WIRTSCHAFT

Der tertiäre Sektor ist mit Handel Dienstleistungen, die wichtigste Vermögensquelle in Burkina Faso, verzeichnete 2019 einen Anstieg von 6,9 % gegenüber 6,7 % im Jahr 2018. Im Zeitraum 2015-2019 stieg die Wertschöpfung des tertiären Sektors von 2 491,9 Mrd. fcfa (3,8 Mrd. CHF) auf 3 851,3 Milliarden fcfa (5,8 Mrd. CHF). Dieser Sektor nimmt mit einem Anteil von zwischen 40,4 % und 45,1 % zur Bildung des BIP ein bedeutendes Gewicht ein, begründet vor allem durch Aktivitäten des Handels aller Art und der Telekommunikationsdienstleistungen.

Der Primärsektor ist, obwohl hier der grösste Teil der Bevölkerung arbeitet, nur die zweite Quelle der Vermögensbildung in Burkina Faso, mit einem leichten Rückgang seines Beitrags zum BIP auf 27,4 % im Jahr 2019 gegenüber 30,3 % im Jahr 2015. Die Landwirtschaft ist das Rückgrat dieses Sektors mit einer Wertschöpfung von 1 235,9 Milliarden fcfa (1,9 Mrd. CHF) im Jahr 2019, insbesondere dank der Baumwollproduktion.

Im **sekundären Sektor**, der drittgrössten Quelle der Vermögensbildung des Landes, belief sich die Wertschöpfung 2019 auf 1 618,0 Mrd. (2,5 Mrd. CHF). Dieser Sektor wird vom Bergbau mit einem Vermögen von 1 042,3 Milliarden fcfa (1,5 Mrd. CHF) im Jahr 2019 gegenüber 455,8 Millionen fcfa (0,7 Mrd. CHF) im Jahr 2015 dominiert, gefolgt von der verarbeitenden Industrie und der Lebensmittelindustrie.

STEIGENDE LEBENSMITTELPREISE: „WIR WERDEN ALLE VERHUNGERN, WENN ...“

Burkina Faso ist ein Land der Landwirtschaft, und diese Landwirtschaft wird von der Produktion von Getreide dominiert. Glänzte Bobo-Dioulasso einst mit dem einfachen Zugang der Bevölkerung zu Grundnahrungsmitteln, so ist der Preis dieser Produkte in den letzten Jahren stark gestiegen.

Sorghum, Hirse, Sesam und Reis sind unter anderem die Grundnahrungsmittel in Burkina Faso. Seit rund 1,5 Jahren ergibt sich eine alarmierende Beobachtung. Die Preise für diese Lebensmittel steigen auf dem lokalen Markt dramatisch an. Im Vergleich zum Vorjahr haben sich dieses Jahr die Lebens-

mittelpreise verdoppelt...

In den Worten von Verkäufern auf dem Kleinstadtmarkt, Mamie Sangaré, Alimata Traoré und Abdoul Dramane Tiendrébogo: „waren die Preis für Lebensmittel vor einem Jahr erschwänglich. Wir haben damals die Kiste Mais bei 250 fcfa verkauft, die Bohnen waren bei 600 fcfa.“ In diesem Jahr beschwerten sich die Verbraucher überall, weil sich die Lebensmittelpreise verdoppelt oder sogar verdreifacht haben.

«Alles ist teuer geworden, auch in den Dörfern. In diesem Jahr verkaufen wir die Kiste Mais zwischen 350 bis 400 fcfa, die mit Reis von 700 fcfa bis 800 fcfa und es ist noch nicht vorbei. Wir können im Moment nicht sagen, dass dies die Endpreise sind, wir beten zu Gott um Hilfe“, deuteten sie an.

DIE ERNTEN WAREN NICHT GUT

Händler Marc Ouedraogo sagt: „Wir glauben, dass dies auf die starken Regenfälle des vergangenen Jahres zurückzuführen

Vom Feld direkt auf den Markt





Die Stimmung ist angespannt: Terrorismus an den Grenzen zu Mali und explodierende Preise bei Grundnahrungsmitteln

ist. Die Ernten waren nicht gut. Ausserdem können wir in den Dörfern, in denen wir früher Vorräte bezogen haben, keine Lebensmittel mehr bekommen, weil der Eigenbedarf der Dorfbewohner bewirkt, dass sie nichts mehr abgeben können. Da aber wegen Corona die Grenzen geschlossen sind, können wir nichts mehr, wie Mais in Nachbarländer wie Mali und Ghana exportieren oder Reis aus dem Ausland importieren. Es ist ein wahrer Teufelskreis für unser Land, das, obwohl es selbst Lebensmittel anbaut, nicht das ganze Land versorgen kann.“

STAATLICHE BETEILIGUNG

Auf dem Innenstadtmarkt bitten alle von uns befragten Anbieter um die Beteiligung des Staates. Nur dessen Engagement könne dazu beitragen, die Lebensmittelpreise zu senken. Emilie Jasoofa, eine Mutter von fünf Kindern, klagt: „Wir fordern den Staat auf, die Preise für Grundbedürfnisse zu senken, weil wir Kinder zu ernähren haben. Wenn die Lebensmittel so teuer sind, wie sollen wir uns und die Kinder dann ernähren? Wenn sich die Dinge nicht ändern, werden wir alle verhungern.“

«Wir drängen darauf, die Chemikalien in Lebensmitteln zu reduzieren, weil sie uns krank machen und weil sie die Lebensmittel zusätzlich verteuern. Der Rückgang der Lebensmittelpreise wird uns ein glückliches und friedliches Leben ermöglichen“, versichert Abdoul Dramane Tindrèbéogo.

PREISE STEIGEN, EXPLODIEREN

Nebst all den Problemen des Landes, ist die Coronavirus-Pandemie nicht nur ein weit entferntes, globales Problem der öffentlichen Gesundheit, sondern auch eine wirtschaftliche und

soziale Katastrophe mit weitreichenden Folgen für Staaten, Unternehmen und Haushalte im ganzen Subsahel-Gürtel. In Burkina Faso zum Beispiel, nur wenige Monate nach dem ersten entdeckten Fall am 9. März 2020, zogen die Preise kräftig an. Jetzt, anfangs Dezember 2021, ist die Stimmung in den Ländern gereizt.

GEREIZTE STIMMUNG

In einem Laden der VAZ (Various Activities Zone) in Ouagadougou findet ein heftiges Gespräch zwischen Kunden und dem Ladenbesitzer statt, und es ist nicht nur ein Missverständnis. Der erste Kunde, der den Preis für einen Sack Reis als unerschwinglich betrachtet, protestiert deutlich. Ein anderer mischt sich ein, denn er sei überrascht über die Preissetzung des Ladenbesitzers, denn die Lieferanten des Ladens hätten seit Monaten keinerlei Preiserhöhung vorgenommen; das wisse er von seinem Bruder, der im Transportgeschäft arbeite. Auch die anderen Kunden im Laden beginnen sich aufzuregen. Der Ladenbesitzer versucht sich Gehör zu verschaffen: „Ihr wisst, dass wegen der Krankheit die Grenzen geschlossen sind. Sogar Reis fehlt in Burkina Faso“, argumentiert der Händler zu seiner Verteidigung.

Vorfälle dieser Art sind in der Hauptstadt der Burkinabè und anderen Landesteilen... an der Tagesordnung. Verbraucher protestieren gegen steigende Lebensmittelpreise. Mamoudou Sawadogo leitet einen Kiosk in Zogona, einem Stadtteil von Ouagadougou. Er verkauft hauptsächlich Reis und Bohnen an seine Kunden, meist Studenten der Joseph Ki-Zerbo Universität, deren Campus gleich nebenan liegt. «Seit dem Anstieg der Lebensmittelpreise muss ich die Anzahl der Gerichte, die ich den Käufern anbiete, nach unten revidieren. Die meisten Studenten und Akteure des formellen Sektors essen hier. Ich

kann nicht sagen, dass ich meine Preise erhöhen werde, weil die Einkaufspreise der Produkte steigen. Das würde bedeuten, sie zu vertreiben“, vertraute er an.

REIS, ÖL, BENGA...

Demnach ist der Preis für einen 50-kg-Sack Reis in den letzten Monaten in Burkina Faso um mehr als 5 000 CFA-Francs gestiegen, von 16'000 fcfa auf heute 21'500, erzählte er am Dienstag, 7. Dezember 2021, bei meinem Besuch. Ein Betrag, den die meisten Strassenrestaurants in Ouagadougou bestätigt wurde.

Auch die Kosten für Speiseöle sind in die Höhe geschossen. Die 20-Liter-Dose mit gewöhnlichen Ölen, ausserhalb des en Gros Einkaufs, kostet heute 21.000 fcfa; vor ein paar Monaten waren es nur 16.500, was einer Steigerung von 4.500 fcfa entspricht.

Sogar die hier produzierten „Benga“ (Bohnen), die als Gericht für das breite Volk in Burkina Faso geschätzt werden und ausserdem derzeit, am Ende der Ernte, überall erhältlich sind, haben unglaubliche Preissteigerungen erlebt. Der Preis des Menu-Tellers (Caracole) ist von 900 fcfa auf 1 500 hochgeschwollen.

Durch die Inflation von fast 20 % Stellen die hohen Preise für Lebensmittel ein echtes Problem für die Ernährung und die öffentliche Gesundheit dar. Diese Situation trifft fast 40% der Bevölkerung, die unterhalb der absoluten Armutsgrenze leben, die in den letzten Jahren auf 153 530 fcfa pro Jahr und pro Erwachsenen oder 12 794 fcfa pro Monat geschätzt wurde, also noch deutlich weniger als der Preis für einen Sack Reis.



Agrarwirtschaft ist in Burkina Faso auch heute noch Handarbeit

Auch wenn das Angebot auf den Märkten üppig erscheint, die Preise kletterten in kürzester Zeit um 20 % nach oben



ATOMPOLITIK IRAN – POKER RUND UM DIE SANKTIONEN

Der Iran will den umstrittenen Schwerwasserreaktor Arak laut Vizepräsident und Atomchef Mohammed Eslami so schnell wie möglich fertigstellen.

> Von Tod Amstair

Seine Erklärung dazu ist unmissverständlich: „Das Arak-Projekt muss mit hiesiger Technologie und von lokalen Experten unverzüglich fertiggestellt und in Betrieb genommen werden.“ Eslami hatte unlängst die Anlage in Zentraliran besichtigt und mit Experten vor Ort den Umbau des Reaktors besprochen.

ARAK-REAKTOR FÜR ERZEUGUNG WAFFENFÄHIGEN PLUTONIUMS GEEIGNET

In diesem Schwerwasserreaktor wird Plutonium erzeugt, das die Islamische Republik für den Bau einer Atombombe verwenden könnte. Um diesen Streitpunkt auszuräumen, hatte der Iran nach dem Wiener Atomabkommen von 2015 mit dem Umbau des Reaktors begonnen. Statt den geplanten zehn Kilogramm Plutonium pro Jahr wurde in Arak nach Abschluss des Abkommens nicht einmal ein Kilogramm Metall produziert.

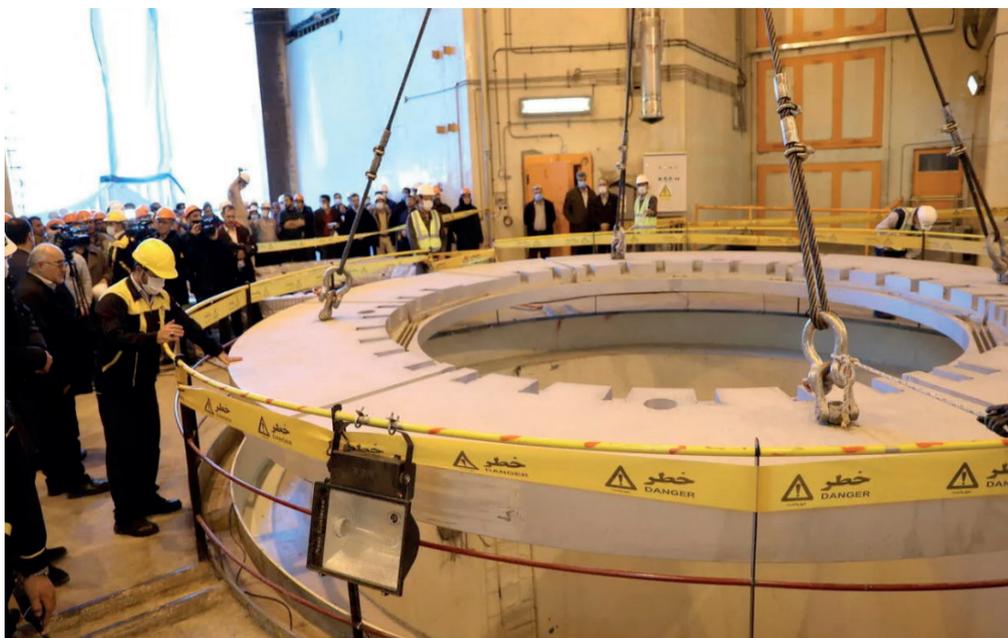
Die neue iranische Regierung unter Präsident Ebrahim Raisi plant aber, den Arak-Meiler wieder in Betrieb zu nehmen. Raisi und sein Außenminister Hussein Amir Abdollahian hatten mehrmals betont, dass der Iran seine Auflagen nur dann einhalten werde, wenn das Atomabkommen vertragsgerecht umgesetzt und insbesondere die neuen US-Sanktionen aufgehoben sind. Teheran stellte auch die Aufnahme der Wiener

Atomverhandlungen in Aussicht. Dazu müssten aber zumindest Teile seiner gesperrten Bankkonten im Ausland wieder freigegeben werden.

VERHANDLUNGEN ZUR RETTUNG DES WIENER ATOMABKOMMENS

Den jüngsten Schub erfuhr die Entwicklung von Hyper-schallDie im April wieder aufgenommenen Verhandlungen über die Rettung des Wiener Atomabkommens mit dem Iran wurden nach der Präsidentenwahl im Juni und dem Regierungswechsel in Teheran unterbrochen. China, Deutschland, Frankreich, Grossbritannien und Russland bemühen sich um die Rückkehr der USA zu dem Abkommen, doch der Iran und die USA sind sich beim Atom-Verhandlungen weiterhin uneinig, denn die USA akzeptieren bislang keine Vorbedingungen für die Wiederaufnahme der Verhandlungen.

2018 hatte der damalige US-Präsident Donald Trump die Vereinbarung aufgekündigt, die im Vertrag aufgehobenen Wirtschaftssanktionen gegen den Iran erneuert und auch die ausländischen Konten des Landes wieder gesperrt. Wegen der Sanktionen macht der Iran seither die schlimmste Wirtschaftskrise seiner Geschichte durch.





VICTORINOX



RESCUE TOOL
GEMACHT VON PROFIS
FÜR PROFIS

Vom Gurtenschneider über einen Scheibenzetrümmerer bis hin zur Säge für Verbundglas. Das RescueTool ist für Sie da, wenn jede Sekunde zählt.

FROM THE MAKERS OF THE ORIGINAL SWISS ARMY KNIFE™
ESTABLISHED 1884